

Sächsische Dorfzeitung und Elbgauzeitung

Bernrech-Beschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel. Adresse: Elbgauzeitung Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk), der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hostiwitz, Pillnitz, Weizig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-S.

Druck und Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co.

Erscheint jeden Wohtag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: monatlich 22.50 Mark, vierjährlich 67.50 Mark
durch die Post oder Boten frei ins Haus; bei Abholung in der
Geschäftsstelle monatlich 21.— Mark, vierjährlich 63.— Mark.

Bank-Konto: Allg. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz
Postleitz-Konto: Nr. 517 Dresden

Dresden-Blasewitz
Mittwoch, den 12. Juli 1922.

Anzeigen-Preis: die gesetzte Grundseite oder deren Haupt-
teil im Drittelseite die Seite 2.— Mark für Tafeln- und
schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis spätestens 10 Uhr.

Ein Engländer über die französische Rheinpolitik.

Das frühere Mitglied des englischen Parlaments Joseph King, Mitglied der linksgerichteten Arbeiterpartei, machte Anfang Mai eine Reise durch das besetzte Gebiet und besuchte u. a. auch Coblenz, wo er sich bei verschiedenen Behörden usw. einzelne Auskünfte einholte. Nunmehr veröffentlicht er in der bekannten englischen Zeitschrift "The Nation and the Athenaeum" am 20. Mai d. J. einen offenen Brief an den Herausgeber der Zeitschrift, in welchem er u. a. ausführt:

Hinsichtlich der der militärischen Besetzung zugrundeliegenden französischen Politik kann man sich keiner Täuschung hingeben. Die Franzosen (und wenn man vom besetzten Gebiete spricht, so ist "besetzt" gleichbedeutend mit "französisch"), denn welche Länder scheinen eine durchaus einheitliche Politik zu befolgen? Sie zeigen, wie Herr Pierebon Rives, der frühere Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Rheinlandkommission, sich ausdrückt hat, "den festen Entschluß, letzten Endes aus dem Rheinland französisches Gebiet zu machen." Zur Erreichung dieses Ziels werden sie sich der verschiedenartigsten Mittel, die sich zwischen militärischer Annahme und kulturellen Liebenswürdigkeiten (die allgemeine französische Methode: Auferbrot und Peitsche! D. Red.) bewegen.

Während die britischen Besatzungsgruppen dauernd vernichtet und die amerikanischen bis zum 1. Juli abgezogen sein werden, verbleiben die Franzosen ihre Besatzungsgruppen dauernd. Diese Verhältnisse an Kavallerie und Infanteriegruppen und die daraus ergebenden erhöhten Anforderungen an Quartiere, Häusern, Kasernen, Stallungen, Exerzierplätze usw. stellen eine schwere Belastung dar. Man fragt sich, sind sie nur eine Vorbereitung auf die Beisetzung des Ruhrgebiets?

Die französische Methode der "friedlichen Durchdringung" ist augenscheinlich: französische Bauten lassen sich in neuen, günstig gelegenen Baugebäuden nieder; französische Zeitungen erscheinen am Rhein; es gibt französische Lesehallen und Buchhandlungen, in denen jeder und alle willkommen sind und mit Propaganda-material chauvinistischen Gepräges versorgt werden; man veranstaltet Vorlesungen, Konzerte, Orgelkonzerte, Militärkonzerte,

Theatervorstellungen mit französischen Schauspielern, weniger zur Unterhaltung der französischen Soldaten als zur Ankündigung und Beeinflussung der deutschen Bevölkerung. Natürlich finden viele dieser Veranstaltungen auf Kosten der Deutschen statt, die somit für die Umwandlung ihrer eigenen Bürger in französische Staatsangehörige auch noch selbst bezahlen müssen.

Es herrscht eine dauernde Einnahme, mittelbar und unmittelbar, in das politische Leben Deutschlands, wohingegen Bewegungen, wie die sonderbündlerische "Unabhängige deutsche Republik" mit Geld und aus andern Weise unterstellt werden. Die Zeitungen werden verboten und mit Geldstrafen belegt. Landtagsabgeordnete und andere Persönlichkeiten werden wegen Reden usw. beschuldigt und in Geldstrafe genommen; ganz abweichend und von der britischen Besatzungszone herkömmlich und bestimmt werden Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen untersagt; die Kriegsgerichte verhängen Gefängnisstrafen usw.

Durch die Verwendung von Kolonialtruppen, meistens gelbe oder farbige Afrikaner (keine eigentlichen Schwarzen oder Negroiden, von denen die meisten zurückgezogen worden sind), durch die erzwungene Bereitstellung und Einrichtung von Bordellen, durch Schließung öffentlicher Plätze usw. usw. werden die Gefühle und das moralische Empfinden der deutschen Bevölkerung in größtmöglichster Weise mißachtet.

Durch die französische Propaganda und durch die zunehmende französische Bevölkerung im besetzten Gebiet — sie nimmt zu, weil jetzt viel mehr verdeckte Offiziere und Mannschaften mit zahlreichen Kindern und sonstigem Anhang hier sind, als früher — mögen sich vereinzelt Deutsche beeinflussen lassen; in ihrer Gesamtheit ist die Bevölkerung jedoch weniger als je geeignet, die Franzosen willkommen zu heißen. Pazifisten, Republikaner und Sozialisten führen Klage darüber, daß die französische Politik den militärischen und monarchialistischen Parteien der Rechten des Reichstags zustatten kommt, nicht minder den Kommunisten, d. h. den Extremisten und Anhängern der Stahlmethoden, dies zum Schaden einer modernen, friedlichen politischen Entwicklung.

Aenderungen der Einkommens- und Einkommensteuersätze.

Der Steueranschluß des Reichstags führte am Freitag die erste Sitzung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Einkommenssteuergesetzes zu Ende. Nach langer Debatte wurde unter Ablehnung verschiedener Anträge der Tarif des Antrags Herold (B.Z.) angenommen. Danach beträgt die Einkommenssteuer für die Steuerklasse I 4 Prozent, II 5 Prozent, III 6 Prozent, IV 8 Prozent und V 12 Prozent. Der Steuersatz erhöht sich, wenn der Wert des Erwerbes 100.000 M. übersteigt um 10 Prozent und für jede weitere 100.000 M. um 10 Prozent bis zum Betrage von 3 Millionen Mark und darüber hinaus bis zu einem Gesamtanfall von 5 Millionen Mark für je weitere 400.000 M. um 20 Prozent. Sodann wird vorbehaltlich der zweiten Sitzung ein weiterer Antrag Herold angenommen, der die Höhen beim Übergang von einer Steuerklasse in die nächsthöhere vermindert. Damit war die erste Sitzung des Einkommenssteuergesetzes beendet. Daraus trat der Ausdruck in die Beratung des Antrags Eppen (Ulnab.) auf Abänderung des Einkommenssteuergesetzes ein. Hierzu lagen Abänderungsanträge der Demokraten, des Zentrums und der Sozialistischen Volkspartei vor. In der allgemeinen Aussprache stimmte Staatsrat Dr. von Welt (Bayern) die Bedenken, die die Länder gegen die beantragte weitgehende Ermäßigung der Einkommenssteuer wegen der damit verbundenen Ausfälle hätten. Die durch die beantragte Herabsetzung der Steuerhöhe und Erweiterung der Ermäßigungsvorschrift bewirkte Minderung des Aufkommens werde bei weitem nicht ausgeglichen durch die gleichzeitige Steigerung der Einkommenszinsen. Sowohl die Gemeinden, als auch die Länder hätten mit großen Abhilfemitteln in ihren Haushalten zu rechnen, ins. B. Sachsen mit weit über einer Milliarde Mark. Die Vertreter Sachsen, Preußens und Badens schlossen sich diesen Bedenken an. In der Einzelberatung wurde schließlich folgender Entwurf beschlossen: Die Einkommenssteuergrenze beträgt für die ersten angefangenen oder sollen 100.000 M. des steuerbaren Einkommens 10 Prozent, für die weiteren 50.000 M. 15 Prozent, für die weiteren 50.000 Mark 20 Prozent, für die weiteren 50.000 M. 25 Prozent, für die weiteren 150.000 M. 30 Prozent, für die weiteren 200.000 Mark 35 Prozent, für die weiteren 200.000 M. 40 Prozent, für die weiteren 200.000 M. 45 Prozent, für die weitere 1 Million 50 Prozent, für die weitere 1 Million 55 Prozent und für die weiteren Beträge 60 Prozent. Ferner wurden die abzugsfähigen Sterbefallshilfe von 100 auf 1000 M. erhöht und die abzugsfähigen Versicherungsbeiträge auf 8000 M. erhöht. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer. Die Abzüge wurden für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau auf je 480 M. im Jahre bei einem Einkommen bis zu 100.000 M. und für Kinder auf je 900 M. bis zu einem Einkommen von 200.000 M. für die Werbungskosten auf 810 M. erhöht. Die Berücksichtigung der Altersrente soll in der zweiten Sitzung geregelt werden. Die Kapitalrentensteuer soll bis zu 25.000 M. Einkommen voll und bis zu 50.000 M. Einkommen bis zur Hälfte angerechnet werden. Am Sonnabend beginnt die dritte Sitzung der Zwangsdanleihe, der Einkommenssteuer und der Einkommenssteuer.

Die deutsche Handelsflotte.

Poincaré hat am 29. Juni im französischen Senat bewilligt, der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte sei ein Luxus, eine überflüssige Ausgabe. Auch in diesem wie in jedem Fall läßt sich leicht nachweisen, daß Poincaré entweder böse Willens oder so verkannt ist, daß er persönlich das schwerste Hindernis für jede sachliche Verständigung bildet. Deutschland Handelsflotte hatte vor dem Kriege einen Umsatz von 5,4 Millionen Bruttoregistertonnen. Sie stand damit an zweiter Stelle, während die erste Stelle England mit 19,4 Millionen Tonnen einnahm. Das Deutschland vor dem Kriege umfangreiche See-Unternehmen verlor und verlor nunmehr, kann auch Poincaré nicht beitreten, zumal die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands vom Seeverkehr abhängt. Allein die deutsche Handelsflotte war trotz ihrer Größe von 5,4 Millionen Tonnen nicht enttarnt in der Lage, den deutschen Überseehandel zu bewältigen. Rund 45 vom Hundert dieses Verkehrs wurde von fremden Handelsflotten belegt, hauptsächlich von den englischen, deren Schiffe sogar im deutschen Küstenverkehr liefern. Der Krieg hat die deutsche Handelsflotte einfach weggerissen. Was nicht schon durch Kriegsmassnahmen verloren gegangen war, mußte auf Grund des Verlierer-Vertrages bis auf den Rest von 400.000 Tonnen ausgeliefert werden. Diese 400.000 Tonnen waren aber nur Schiffe, die gerade auch für den Küstenverkehr taugten. Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte war also eine Lebendfrage, die auch nicht dadurch gelöst werden konnte, daß zunächst langjährige Schiffsbauverträge mit nordamerikanischen Gesellschaften abgeschlossen wurden. Die deutsche Reederei verfügt nicht über die Mittel, um neue Schiffe auf Stapel legen zu können. Der Wert der Schiffe, die infolge des verlorenen Krieges ausliefern mußte, betrug 1,5 Milliarden Goldmark. Die Entschädigung, die das Reich gewährte, wurde auf 12 Milliarden Papiermark festgestellt, eine Summe, die wegen der Entwertung der Mark inzwischen auf 200 bis 300 Millionen Goldmark zusammengebracht ist. Von einer besonderen Subvention der deutschen Schifffahrt kann also nicht die Rede sein.

Die Entwertung der Mark ließ nicht nur die Entschädigung zusammenkrallen, sie neigte auch die Kosten für den Schiffsbau an. Auch der Rücklauf deutscher Schiffe hat lange nicht den Umsatz angenommen, den Poincaré in leichtfertiger Weise behauptet hat. Ende 1921 hatte der Bestand der deutschen Handelsflotte überhaupt erst wieder 720.000 Bruttoregistertonnen erreicht. Selbst die schwedische und dänische Handelsflotte waren größer. Auf deutschen Werten für deutsche Gesellschaften sind zurzeit 72 Schiffe mit 480.000 Tonnen Schiffsraum im Bau; Deutschland würde dann über eine Handelsflotte von 1,2 Millionen Bruttoregistertonnen verfügen, was nicht entfernt ausreicht, um den deutschen Außenhandel zu bewältigen. Dieser ist also nach wie vor auf fremden Schiffsraum angewiesen, was trotz des Sintens der Kräfte eine schwere Belastung für die deutsche Wirtschaft und ihre Weltbewerbsfähigkeit bedeutet. Frankreich, dessen Außenhandelsinteressen weniger umfangreich sind, verfügt über einen Schiffsraum von rund 4 Millionen Tonnen, gegen 2,3 Millionen im Jahre 1914. Auch Japan und Italien haben ihre Handelsflotten vergrößert, so daß also für sie der Krieg auch in dieser Hinsicht mit Gewinn abgeschlossen hat. Deutschland aber wird noch Jahre gebrauchen, um seine Flotte wieder annähernd an die Höhe zu bringen, die durch seine wirtschaftlichen Verhältnisse vorgezeichnet ist.

Politische Nachrichten.

Telegramme des Reichspräsidenten und des Reichsministers für die Überlebenden.

Berlin, 10. Juli. Der Reichspräsident richtete aus Anlaß der Übergabe der deutlich lebenden Teile Überlebenden an die deutschen Behörden aus Dresden folgendes Telegramm an den Oberpräsidenten Oppeln: Am Tage der Feierfeier der uns verbliebenen Teile Überlebenden sende ich Ihnen die übergeprüften Wande meine Grüße und Wünsche. Unauslöschlicher Dank gebührt den treuen Deutschen Bevölkerung, die allen Verlagerungen und Verhinderungen zum Trost ihr manhaftes Potenzial zum Vaterlande abgelegt hat. Mit tiefer Trauer gedenke ich der entzifferten Vorfahren und ihrer Bewohner. Wie werden Ihnen die Freude halten und mit Ihnen den gemeinsamen Schmerz über das erduldeten Unrecht tragen. Die militärischen Wunden, welche die Fremdherrschaft und die Herrschaft dem Lande geschlagen hat, muss deutlicher Fleisch und deutsche Hilsfbereitschaft zu heilen versuchen. Herzl. Reichspräsident.

Berlin, 10. Juli. Reichsminister Göring sandte an den Oberpräsidenten Überlebenden folgendes Telegramm: Zu der feierlichen Wiederübernahme des bei Deutschland verbleibenden Teiles Überlebenden in deutsche und preußische Verwaltung bitte ich Sie, allen Bevölkerungsteilen der sächsischen Provinz meine besten Wünsche für ihren Wiederaufbau und auf eine nachechte Zukunftsentwicklung auszusprechen. Soweit es in meinen Städten steht, darf ich versichern, daß auch innerhalb meines Gebietes alles getan wird, dem Lande die schwere Prüfungsszeit der letzten Jahre vergessen zu machen und ihm die zerstörten Wunden zu heilen.

Reichsregierung bestätigt die gesetzlichen Feiertage.

Dem "Forward" zufolge hat das Reichsministerium des Innern dem Reichsrat einen Gesetzesentwurf zugehen lassen, durch den die Arzte der Feiertage reichsregierunglich gefeiert werden soll. Als gesetzliche Feiertage werden bestimmt die beiden Christstage, die beiden Weihnachtsstage, der 11. August, in Süddeutschland der Karfreitagstag und in Norddeutschland der Kartätschtag. Das Reformationsfest, die Petrus- und Paulustage sowie der 1. Mai bleiben der landesgesetzlichen Regelung überlassen.

Verbot der deutschsozialen Partei in Braunschweig.

Braunschweig, 10. Juli. Auf Grund der Verordnung zum Schutz der Republik wurden vom Staatsministerium sämtlich im Freistaat Braunschweig beobehenden Gruppen der deutschsozialen Partei verboten und aufgelöst.

Zur Verfolgung der "Organisation C" in Bayern.

München, 10. Juli. Wie die "Staatszeitung" mitteilt, sind im Zusammenhange mit der Verfolgung der Organisation C 19 Personen in München gefasst worden. Von diesen weilen fünf seit längerer Zeit überhaupt nicht mehr in München bzw. in München. Eine Person ist flüchtig. Drei Studenten wurden wegen angeblicher Zugehörigkeit zur Organisation C festgenommen. Von diesen drei ist kein einziger Bayer. Befestigte Haftaufnahmen forderten kein belastendes Material aus, so daß die Freilassung der Studenten bevorsteht. Zahlreiche Personen, darunter Studenten, wurden vernommen. Die Vernehmungen verliefen aber ergebnislos. Die Polizeidirektion München wird sich mit einer Beschwerde an das Ministerium wenden, weil sich die Berliner Polizei der Verleihung der bayerischen Hofrechte schuldig gemacht haben soll.

Reichsminister Groener zum Amnestiegebet.

Berlin, 10. Juli. Im Reichsausschuß des Reichstages wurde das Amnestiegebet beraten. Im Laufe der Beratung erklärte der Reichsverteidigungsminister Groener, daß die Amnestie für die anlässlich des Beamtentrechts zur Verantwortung gezogenen zu einer Verklagung des Verfassungsgerichts gefährlich werden soll. Als gesetzliche Feiertage werden bestimmt die beiden Christstage, die beiden Weihnachtsstage, der 11. August, in Süddeutschland der Karfreitagstag und in Norddeutschland der Kartätschtag. Das Reformationsfest, die Petrus- und Paulustage sowie der 1. Mai bleiben der landesgesetzlichen Regelung überlassen. Dies aber würde die Stärkung der von einschlaffenden Kreisen entfachten Bewegung zum Zwecke der Entmilitarisierung der Reichsbahnen zur Folge haben, die nach Verkürzung der Mindestzeit später dann zum Erfolg führen würde, wenn der Rückgang in der Konjunktur nicht mehr erlaubte, die gestiegenen Ausgaben durch Tarifverhöhungen auszugleichen. Die Regierung könnte deshalb die Forderung der Amnestie für die Teilnehmer des Februarstreiks nicht entsprechen. Verbrennen und Verbrennen, wie Transportgefährdung, Beamtentötigung, Verfehlungen gegen die Verordnung des Reichsministers für die Sicherung der Bahnverbindungen, der die Amnestie auf die Reichsbahn würde eine solche Schädigung des Angehörenden der Reichsregierung sich durch ein Nachlassen der Arbeitsintensität föhlbar machen. Dies aber würde die Stärkung der von einschlaffenden Kreisen entfachten Bewegung zum Zwecke der Entmilitarisierung der Reichsbahnen zur Folge haben, die nach Verkürzung der Mindestzeit später dann zum Erfolg führen würde, wenn der Rückgang in der Konjunktur nicht mehr erlaubte, die gestiegenen Ausgaben durch Tarifverhöhungen auszugleichen. Die Regierung könnte deshalb die Forderung der Amnestie für die Teilnehmer des Februarstreiks nicht entsprechen. Verbrennen und Verbrennen, wie Transportgefährdung, Beamtentötigung, Verfehlungen gegen die Verordnung des Reichsministers für die Sicherung der Bahnverbindungen, der die Amnestie auf die Reichsbahn würde eine solche Schädigung des Angehörenden der Reichsregierung sich nicht kraftfrei lassen können. Solche Straftreite müßte auf die damals tiefgebliebenen Beamtenten verwirkt werden. Der Minister versicherte, daß er für eine milde Behandlung der zu abduzienden Fälle eintreten werde. In der Abstimmung des Antrages der Sozialdemokraten und der Unabhängigen, der die Amnestie auf gewisse politische Straftaten im Gebiete des gekommenen Deutschen Reiches ausdehnen wollte, wurde abgelehnt. Angenommen wurde die Regierungsvorlage, die gewisse, gegen das Reich gerichtete politische Straftaten kraftfrei macht. Gegen dieses Amnestiegebet stimmten die Deutschen Nationalen, die Deutsche Volkspartei und die Bavarische Volkspartei.

Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 10. Juli. Die Entscheidung, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Nachmittagssitzung faßte, hat folgenden Wortlaut: Die sozialdemokratische Fraktion erklärt, daß sie zum Schutz der Republik zu beschließenden Gesetzen nur von einer entschiedenen republikanischen Regierung durchgeführt werden können. Die Deutsche Volkspartei hat bis in die letzte Zeit in ihrer Kämpfung einer Reihe wichtiger Regierungsvorlagen die notwendige Rücksicht auf das Interesse des Staates und die Bedürfnisse der breiten Volksklassen vermissen lassen. Sie hat erst nach der Ermordung Rosa Luxemburg die Vorlage über die Getreideumlage abgelehnt. Un-

ter diesen Umständen würde die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition bei den breitesten republikanischen Massen das Vertrauen in die Absicht der Regierung, die Gefahr zum Schutz der Republik energetisch durchzuführen, auf das tiefste erschüttern. Für die sozialdemokratische Reichsbürgerschaft kommt daher die Mitarbeit in einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage.

Aufruf des internationalen Gewerkschaftsbundes.

"Vorwärts" und "Freiheit" veröffentlichten den Aufruf des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes an alle dem Bunde angehörigen Organisationen. In dem Aufruf heißt es: Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat mit Bekämpfung festgestellt, daß die deutschen Arbeiterorganisationen entschlossen sind, sich mit äußerster Strot dem Treiben der Reaktion zu widersetzen und die republikanische Verfassung zu schützen. Gegen die Reaktionäre jeden Schlages sind die deutschen Arbeiter entschlossen, alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, um die Eroberungen der Revolution zu schützen. Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt sich rückhaltsbereit, den allgemeinen Aktionstag der deutschen Arbeiterschaft mit allen Kräften zu unterstützen. Der Internationale Gewerkschaftsbund weiß, daß die Niederlage der Demokratie in Deutschland die Niederlage der internationalen Demokratie bedeuten würde. Gestützt auf die soziale Lösung des Weltproletariats „Arbeiter aller Länder vereinigt euch“ fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von allen seinen Anhängern aktive Solidarität. Niemand dürfe gleichgültig bleiben angesichts des Kampfes, den das deutsche Proletariat zu führen habe.

Mahnahme gegen die wirtschaftliche Lage der Presse.

Berlin, 10. Juli. Der Reichsrat beschäftigte sich heute mit den Auskunftsberichten über den Entwurf des Gesetzes über die Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Lage der Presse. Ein Antrag Preußens wurde angenommen, worin es heißt: Bei der Veräußerung von Zeitungen durch einen zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlichen Grundhüden Berechtigten wird eine Abgabe von 1% vom Betousspreis erhoben. Die Ruhrichtung von forstwirtschaftlichen Grundhüden unter 10 Hektar bleibt von der Abgabe frei. Die Abgabe ist an die Rückvergütungskasse für die deutsche Presse abzuziehen. Das Gesetz soll vorläufig bis zum 31. Dezember 1923 gelten. In erster Linie soll die kleine und mittlere Presse berücksichtigt werden. Aus der Umlaufszeit bei Holzverkäufen wird eine Ausfuhrabgabe von 1½ vom Tausend erhoben. (Inzwischen sind aber seitens der Papierfabriken für den Monat Juli die Papierpreise nochmals erhöht worden. Wenn die Regierung nicht bald energisch eingreift, braucht sie nicht erst für die kleine und mittlere Presse Sorge zu tragen, denn dann wird dieselbe wohl in den nächsten Wochen von der Bildfläche überhaupt verschwunden sein. Die Schriftsg.)

Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Paris, 11. Juli. Wie Havas meldet, werde man, falls Deutschland ein wirtschaftliches Moratorium verlangt, zunächst seine Zahlungsfähigkeit prüfen. Es werde seinerlei Entschließung gesetzt werden, bevor der Alliierten der Vertrag des Garantieausstausches über die Finanzkontrolle vorliege.

Auslandsmeldungen zum Marktturz.

Paris, 10. Juli. Eine Autorität im Wirtschafts- und Finanzleben Frankreichs erklärte dem Vertreter des "Exekutor", es sei eine merkwürdige Selbsttäuschung, wenn man sich vorstelle, daß die Deutschen Frankreich in der Lage seien, falls die Franzosen hätten nach 1871 in der Zeit, wo sie allein vom Kriege in Willeidenhaft gezogen waren und die anderen Nationen nicht wie heute mit zahllosen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hätten, und infolgedessen Frankreich neuen Kredit hätte geben können, von der Gesamtentshädigung von 5 Milliarden nur 600 Millionen in bar bezahlt, und zwar 273 Millionen in Gold, 228 Millionen in französischen Banknoten und 128 Millionen in Wertpapieren. Frankreich bezahlte den Rest, d. h. 428 Millionen in Wechseln. Man müsse also sich selbst und das Publikum an den Gedanken gewöhnen, daß man nur durch Kaufleistungen aus der Sackgasse herauskommen werde. Mittels des Wiesbadener Abkommens ist Frankreich auf diesem Wege den ersten Schritt. Es sei zu wünschen, daß das Abkommen sobald wie möglich durchgeführt werde. Hier-von hänge das beiderseitige Heil Frankreichs und Deutschlands ab.

London, 10. Juli. "Daily News" schreibt: Der neue funktionelle Zusammenbruch des Markts ist nur auf die großen Ankäufe ausländischer Zahlungsmittel zur Bezahlung der Reparationsleistungen zurückzuführen. Das ist selbstverständlich den französischen Bankiers ebenso genau bekannt, wie irgendwelchen anderen Teilnehmern an der Bankierkonferenz. Aber die unbekünte öffentliche Meinung, die nicht sieht, daß das französische System durch Steuern ausbalanciert wird, verhindert die Regierung, dies zuzugeben. Es ist Sache der französischen Politiker, zu entscheiden, wann sie ihren Wählern die Wahrheit sagen. Es ist aber nicht einzusehen, warum der Rest Europas ebenso darauf warten soll. Wir müssen uns entschließen, mit oder ohne Frankreich zur Lösung des Problems zu schreiten. Um so den Frieden, die Sicherheit und eine feste Grundlage zu

erhalten. — "Daily Express" verlangt, daß an Stelle des Versailler Vertrages ein neuer Friedensvertrag geschlossen werde. Die Männer von 1919 hätten im Dunkeln gearbeitet und nicht wissen können, wie das Europa nach dem Kriege aussehen würde. Heute aber wählen sie es. Das Blatt hofft, daß Harding nach den Novemberwahlen die Signatarmäthe des Versailler Vertrages zu einer Konferenz nach Washington einladen werde, um einen neuen Vertrag abzuschließen.

London, 10. Juli. "Westminster Gazette" meldet aus New York: Die amerikanische Regierung beobachtet die Entwicklung in Deutschland mit unverkennbarem Interesse. Es könnte auf Grund zuverlässiger Meldungen gelagert werden, daß die Vereinigten Staaten, falls die Haltung der französischen Regierung in der Frage der Reparationszahlungen nicht in der Weise geändert werde, daß Deutschland Sicherheiten für eine ausländische Ansiedlung bieten könne, kein Geld mehr geben würden. Die amerikanische Presse halte im allgemeinen mit ihrem Urteil über die gegenwärtige Lage zurück. — In einem Zeitartikel schreibt "Westminster Gazette": In Frankreich wade das Verhältnis darum, daß es hoffnungslos sei, das Reparationsproblem in der bisherigen Weise zu beenden. Die Alliierten würden vielleicht entscheiden, ob ein Moratorium für etwa drei Jahre zu bewilligen sei, was wahrscheinlich das beste Verfahren wäre oder sie würden beschließen, weitflächige Kaufleistungen anzunehmen. Die Hauptsaite aber ist, daß die Staatsmündigkeit Deutschlands auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werde. — Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" hält eine baldige Zusammenkunft der alliierten Finanzminister und der Reparationskommissionen für unvermeidlich. Dabei würden vielleicht mit Rücksicht darauf, daß der Sturz der Mark auch andere Länder nicht nur im Westen, sondern auch im Osten und Süden Europas in Willeidenhaft ziehe, noch einige andere Signatarmäthe des Versailler Vertrages zur Teilnahme eingeladen werden als die, welche im allgemeinen im Obersten Rat vertreten seien. Infolge des Zusammenbruchs des deutschen Markt würden die Alliierten vielleicht das Bankierkomitee einladen, anstatt im Herbst schon jetzt zusammenzutreten und ihm Vollmachten geben bezüglich aller Einzelheiten des Reparationsproblems. Angesichts der Folgen eines Misserfolges des Komitees würde Frankreich vielleicht dem Komitee volle Freiheit in seinen Beratungen lassen. — Der Washingtoner Berichterstatter der "Morningpost" schreibt: Er höre von zuverlässiger Seite, daß ein Eingreifen der amerikanischen Regierung aufdrücklich der deutschen Krise unmöglich sei. Der einzige mögliche Schritt sei der eines privaten Verhandlungsvertrags sei jedoch zu bedenken, daß Morgan noch Paris gekommen sei, um an einem solchen Plan mitzuwirken, doch dieser Plan aber erfollos abgeblieben sei, da die Hilfsquellen Deutschlands nicht die unentbehrliche Sicherheit für eine ausländische Ansiedlung bieten und bereits verplandet seien.

Das Neuland der Unterredung zwischen Schanzer und Poincaré.

Paris, 10. Juli. Paul "Petit Parisien" sind bei der gestrigen Unterredung zwischen Schanzer und Poincaré außer verschiedenen Fragen, die wie die wirtschaftliche Wiederaufbau von Österreich und die Konferenz im Haag nur gestreift wurden, vor allem vier große Probleme behandelt wurden, die Frage von Tanger, das Status von Palästina, insbesondere das für die heiligen Stätten, das Problem des nahen Ostens und die Reparationsfrage. Hinsichtlich der Frage von Tanger erklärte Poincaré dem italienischen Minister, daß Frankreich die italienische Regierung zu den augenblicklich eingelegten Verhandlungen nicht zulassen könne, da Italien in dem 1903 zwischen Frankreich und Italien abgeschlossenen Vertrag daraus vertrieben habe, im Marocco zu intervenieren, gegen die ihm angestrebte Aktionsfreiheit in der Koranita und in Lybien. Poincaré gab jedoch die Versicherung, daß ein etwa getroffenes internationales Abkommen sofort den Signatarmäthen der Akte von Algeciras mitgeteilt werden würde, um diesen zu gestatten, die ihnen notwendig erscheinenden Bemerkungen zu machen. In der Frage von Palästina teilte Schanzer Poincarés den Inhalt der von ihm in London angeknüpften Verhandlungen mit. Es scheine, daß die Consulta von jedem der interessierten Staaten das Recht verlange, alternativ den Völkerbund auf Grund des Status für Palästina einzugehen werden sei. Das Problem des nahen Ostens wurde nicht vollkommen erörtert. Was die Reparationsfrage anbelange, so bemerkte Schanzer, daß nach seiner Ansicht eine baldige allgemeine Ausprache wünschenswert erscheine. Poincaré sprach jedoch seine Ansicht dahin aus, daß diese Verhandlungen auf keinen Fall beginnen könnten, bevor der augenblicklich in Berlin zwecks Organisation der Kontrolle der deutschen Finanzen wellende Garantieausstausch seinen Bericht den Regierungen übermittelt habe. Es scheine, daß man von allen Seiten dahin übergegangen sei, daß die Frage der interalliierten Schulden in dem Maße, in dem sie mit dem allgemeinen Reparationsproblem verbunden seien, nicht mit Aussicht auf Erfolg berührt werden könne, wenn Amerika seinen augenblicklichen Standpunkt nicht aufgibt.

— : —

Ein Ausflug ins Grüne.

Skizze von Ernst Hofstötter.

(Nachdruck verboten.)

Der Schreiber Repomul Brechel ließ den Strahl der Wasserleitung über seine Haarfrisur laufen und fragte sie mit den Fingern zu einem Scheitel zurecht, wobei ihm als Muster die Gradlinigkeit eines Meterstabes vor Augen schwante.

Dann brachte er seinen Goldfischen noch alles Hausschrot ins Aquarium — und nun mache er sich auf, nach Mutter Grün zu hause.

Auf der Plattform eines Vorortzuges lehnte er an dem "Auszug der Eisenbahnordnung" und ersehnte sich zunächst an den vorbeibliegenden Telegrafenstangen, platztauszierten Briefmarken und bergig aufgeschichteten Müllablagerrungen.

Die äußersten Vorstadtstraßen ließen in die grüngrünen Blicke blicken — und Repomul atmete mit innerlich bewegter Brust tief aus und ein, als wollte er jeden Augenblick einen Sprung mit fünf Minuten Laufdauer ausführen.

Aber er begrüßte dadurch nur die Natur und nahm sie in sich auf. Dabei hielt er die durchlöcherte Fahrkarte wie eine frischgepflückte Blume in der Hand, um sie vorschriftsmäßig jederzeit auf Verlangen vorzeigen zu können.

Vor dem dritten Bahnhof kriegte er aus und ließ wie ein Gänserich in die nächstgelegene Butterblumenwiese, wie in ein Volksbad.

Der Schreiber sah sich ins Grüne und hielt mit den Händen zwielprache.

Und redete zu den Käfern und Hummeln wie ein Einflieger, der ein Heiliger werden will.

Aber da nutzt immer er allein sprechen muhte, sond er es bald langweilig und zog einen Band lyrischer Gedichte aus der Tasche. In Goldschmiedtausgabe und leicht parfümiert, wie schlechte Rosierseife.

Der Schreiber Repomul, der nie das Radfahren erlernen konnte, sah im Grase und las Gedichte... Und lernte sie auswendig. Das war ihm nicht zu schwer.

Doch auf einmal merkte er, daß die Erde nicht nur maria, sondern auch lädt werden kann.

Und der Schreiber Repomul Brechel hatte so sichtbar Angst vor Rheumatismus, den sie alle schon haben, die in seiner Konsole sitzen, wo es nach Siegellack und Gummi arabicum riecht.

Ja, jetzt fühlt er schon ein heimliches Reißen, als ob plötzlich im Rücken ein Holenträger über Gebühr in die Länge gezogen würde — und dann mit einem Ruck zurückzuschnellen.

Huftartig, wie vor einem Plätschern, springt er auf und rennt in die Bahnhoforestauratur.

Da bestellt er Kaffee und Kuchen, läßt auf seine Kosten das Grammophon spielen. Dreimal hintereinander "Die reitende Gendarmerie".

Und schon ist er wieder mit der ganzen Welt verhöhnt, möchte alles um sich her, bis hinauf zu den Spiralebenen, umarmen und an sein Herz drücken — einschließlich der Privatlehrerin, die hinten in der Ecke sitzt, und die er schon längere Zeit mit schrägestellten Augäpfeln in sein rotes Bildfeld zog.

Aber nur in Gedanken! Taten und Handlungen waren nicht seine Sache...

Die hatte sich über ihre leere Kaffeetasse ihren Roman in Zeitungsausschnitten gelegt.

Aufgeschlagen liegt 113. Fortsetzung — Die gestörte Trauung...

Repomul möchte gerne den Titel lesen und tat so, als ob er hinter ihrem Rücken den Fahrplan studierte. Aber nur ein Auge läuft die Zoblenreihen der Zugabfahrtzeiten auf und ab, das andere sucht über die kostümbräunte Lehrerin der Leserin hinweg zu schauen auf das Zeitgedruckte...

Jetzt hatte er es erschaut. "Note Rosen im Haar..." Mit so feinem Erleben las er es, daß seine Lippen auch schon ganz mechanisch den Titel laut vor sich her losen.

Als die Lehrerin den Titel ihres Romans mit einmal hinter sich in die Ohren klingen hörte, kam es ihr gar nicht sonderlich wunderbar vor.

So handgreiflich nah und voll lebendiger Wirklichkeit war ihr das bedrückte Papier geworden.

Sie lächelte vor sich hin — und in dieses Lächeln hinein zog Repomul mit einer ungewohnten Freiheit, vor der er selbst erschauerte, ein paar heimliche Worte. Wie Späne in ein ausklimmendes Herdfeuer.

Und bald holte er seine Tasse zu ihre herüber. Darauf sprachen sie lange über Briefmarkenmäthe, Künstlerpostkarten und Seelenwanderungen...

Da plötzlich ein leichter Regen an die Fenster trommelte, atmeten sie Arm in Arm zum Fahrtentischpolster. Durch ein

Sächsische Nachrichten.

Mitteilungen über örtliche Vorlesungen sind und sind willkommen. Zuschriften sind an die Schriftleitung unserer Zeitung, ohne Hinzufügung des Namens zu richten.

Eine traurige, aber wahre Statistik. Die Steigerung des Zeitungspapierpreises gegen die vergangenen Jahre ist, wie schon des öfteren erwähnt, bekanntlich enorm. Zeitungspapier kostete das Kilogramm:

1. Januar 1914	21	Bl.
1. Januar 1919	54½	Bl.
1. Januar 1920	195	Bl.
1. Januar 1921	300	Bl.
1. Januar 1922	700	Bl.
1. Februar 1922	730	Bl.
1. März 1922	825	Bl.
1. April 1922	1280	Bl.
1. Mai 1922	1590	Bl.
1. Juni 1922	1852	Bl.
1. Juli 1922	2000	Bl.

Der Papierpreis beträgt also jetzt das Hundertfache gegenüber dem Preise im Jahre 1914. Kommentar überflüssig!

Eine Anfrage wegen der Dresden-Demonstrationen an die Regierung. Landtagsabgeordneter Jäger (Deutsche Volkspartei) hat folgende kurze Anfrage an die Regierung gerichtet: "Aus Anlaß der wiederholten, fast regelmäßigen Demonstrationen in Dresden sind einzelne Truppen in Hotels und Schankwirtschaften eingedrungen und haben dort unter Drohungen unerlässliche Forderungen gestellt und die Hotelbesitzer, deren Angestellte und Hotelkundschaft bedroht. So sind unter anderem Einbrüche in das Hotel Bellevue, Hotel Deutscher Hof und Neues Union-Hotel Aue unternommen worden, die nicht nur jeder Sicherheit für Leben und Eigentum hohnsprechen, sondern auch das Ansehen Dresdens, als einer Fremdenstadt, auf größte Schädigung. Zumal hunderttausende von vielen Hunderttausenden von Männern sind in den letzten Monaten den Hotelbesitzern zugesetzt worden, ohne daß ihnen eine Entschädigung zugebilligt wurde. Durch das Beleidigen werden der Absicht, neue Demonstrationen zu veranstalten, haben viele Fremde Dresden verlassen und zum Teil auf längere Zeit abgeschlossene Pensionsvereinbarungen gelöst. Mit die Staatsregierung in der Lage, und wenn ja, auch gewillt, die Staatsautorität anzuwenden, damit solche Ereignisse in Zukunft vermieden werden, und welche Schritte hat sie unternommen, um den Hotels und den Fremden Schutz zu gewähren?" Ist die Regierung bereit, die wegen ihrer Lage von den Demonstranten besonders begehrten Hotels bei austretenden Unruhen ohne weiteres durch Beamte in Aue zu schützen? Ist die Verlaufe des letzten Demonstrationen haben ferner zwei höhere Beamte des Polizeipräsidiums Dresden durch Beleidigung und dadurch die angegriffenen Personen geschädigt. Diese beiden Beamten sind versetzt worden. Es wird behauptet, daß die Veranstalter und Befürworter der Demonstrationen eine solche Strafversetzung gefordert hätten. trifft diese Behauptung zu, so würde diese Handlung des Herrn Ministers des Innern Lipinski, als zuständigen Polizeiminister, eine Verbedingung vor der Strafe bedeuten und eine völlige Preisgabe und Verzicht auf die Staatsautorität sein. Ist der Landtag allein verantwortliche Herr Ministerpräsident gewillt, solche Maßnahmen eines Reformministers, die, wenn sie getroffen sollten, das Ansehen der Staatsgewalt schwer schädigen müssten, in Zukunft unmöglich zu machen?"

* Die Deutschen Nationalen zur Lage. Auf der am Montag abgehaltenen Vertretertagung der Deutschen Nationalen Volkspartei in Ostjachsen, die der Landesparteileitung und der Landtagsfraktion Dank und dankbare Anerkennung für ihre Haltung aussprach, wurde einstimmig eine Entscheidung angenommen, die besonders die in der Entwicklung der Parteivertretung in Berlin fundierte Geschlossenheit der Partei begrüßt und weiter sagt, daß die Vertretertagung der verleumdeten Hebe entgegentrete, die die Massen gegen den national gesetzten



Von im Schirm schaut der graue Himmel herein. Und sie lacht hell auf. So — daß er glaubte, seine Kravatte sei jetzt weg. Woran er ihr einen Ruck nach rechts gab...

Auf der Heimfahrt übersah er alle Telegraphenstangen und Mühlhäuser. Denn er zählte immer wieder ganz unwillkürlich die goldplombierten Jähne im Mund der Privatlehrerin, wenn sie groß auslachte.

Vor ihrer Haustür verabschiedete er sich von ihr wie von einem vollbeschleunigten Amerikadampfer.

Auf Wiedersehen...!"

Teil des deutschen Volkes aufreize und Schuld daran habe, daß das Blut von Hunderten unschuldiger Opfer in allen Teilen des Reiches bei den Ausschreitungen geflossen sei. Die Entschließung verurteilt die Haltung der Landesregierung, die beim Frankfurter Aufruhr die Staatshoheit preisgegeben habe.

* Weitere Vereinsverbote. Das Ministerium des Innern hat auf Grund der Verordnung zum Schutz der Republik den Deutschen Nationalen Offiziersbund mit allen Bezirks- und Ortsgruppen verbeten und ausgelöst.

* Die sächsischen Kommunisten stimmen für den Polizei- und Justizrat. Im Haushaltsschluß A wurden am Montag die beiden bisher abgelehnten Polizei- und Justizkapitel des Staats in dritter Lesung beraten. Die Kommunisten erwiesen sich diesmal als Regierungsfürsten und stimmten entgegen ihrem bisherigen Verhalten und ihren Drohungen mit den beiden sozialistischen Parteien für die Annahme beider Kapitel. Sie erklärten zwar ausdrücklich, daß ihre Zustimmung nur vorläufig sei, immerhin war es ein Stück Danacharbeit auf Abzahlung gegenüber Herrn Seigner und Lipinski. Wahrscheinlich werden sie noch nähere Antritte der Berliner und Moskauer Zentrale abwarten. Auch dürfte der Verlauf der Landesparlamenttagung der sächsischen Mehrheitssozialisten nicht ohne Einfluß auf ihre Zustimmung geblieben sein. Wertvuldigerweise stimmten auch die Demokraten mit für die Annahme des Justizrates. Die Deutsche Volkspartei enthielt sich der Stimme, die Deutschenationalen stimmten dagegen. Beim Polizeirat, der mit zehn sozialistisch-kommunistischen gegen bürgerliche Stimmen im Ausschluß angenommen wurde, stimmten auch die Demokraten dagegen, weil ihre Abänderungsvorschläge aus Neuverteilung der Polizeikosten nicht berücksichtigt worden waren.

* Der neue Leiter der "Sächsischen Staatszeitung". Wie nun mehr feststeht, wird am 1. September ein Wechsel in der redaktionellen Leitung der "Sächsischen Staatszeitung" vor sich geben. Der bisherige Leiter, Regierungsrat Voenges, wird in ein anderes Staatsamt versetzt und an seiner Stelle wird der Berliner sozialdemokratische Schriftsteller Jolles die redaktionelle Leitung der "Staatszeitung" übernehmen. Wer an die Stelle des bisherigen Leiters der Staatskanzlei Oberregierungsrat Dr. Böhm kommt, steht noch nicht endgültig fest; als aussichtsreicher Kandidat wird Schriftleiter Albert in der Nachrichtenstelle, ein Mehrheitssozialist, genannt.

Dresden.

* Neue Verhaftungen. Der am Tage nach der Eröffnung Rathenaus in Schubhaft genommene Kapitänleutnant a. D. v. Abendroth in Dresden, der nach zweitägiger Haft wieder in Freiheit gesetzt worden war, ist Anfang voriger Woche erneut unter der Beschuldigung verhaftet worden, in Verbindung mit den Kreisen zu stehen, denen die Mordtat an Rathenau und deren Vorbereitung zur Last gelegt wird. v. Abendroth ist der Dresdner Vertrauensmann der National-Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (sogen. Münchner-Hitler-Partei). Weiter ist in den letzten Tagen noch im Zusammenhang mit den Waffenfund in Radeberg der Major a. D. v. d. Pforte in Dresden verhaftet worden, ebenso der Leutnant z. S. a. D. Steinbeck, von dessen Verhaftung Minister Lipinski schon im Landtag sprach. Es ist jedoch nicht richtig, daß Steinbeck, wie im Landtag gesagt wurde, der Geschäftsführer des Nationalverbandes Deutscher Soldaten gewesen sei.

* Auf Grund der Beschlüsse der städtischen Kommissionen wird zur Verminderung des Verwaltungsaufwandes die Sparkassenfiliale Dresden-Wilsdruffer Vorstadt, Humboldtstraße 4, ab 1. August 1922 eingezogen. Die Geschäfte werden von diesem Tage an von der Sparkassenhauptstelle Dresden-Alstadt 1, Schulgasse 4, 1. Etage und Pfarrgasse 3, 1. Etage, mit erledigt. Dasselbe finden auch die Schließfachräume der bisherigen Zweigstelle Wilsdruffer Vorstadt aufstellung.

* Entschuldigung von Schulverschwendern. Das Bezirksgericht Dresden I macht bekannt: Da anlässlich der kirchlichen Feier des diesjährigen Frühjahrsfeiertags verschiedene Unzulänglichkeiten über die Pflicht zur Entschuldigung der den Unterricht verfügenden Kinder entstanden sind, wird darauf hingewiesen, daß jede Schulverschämung zu entschuldigen ist, abermals Bestrafung nach § 5 des Volksschulgesetzes vom 26. April 1873 eintritt. Soweit Kinder an kirchlichen Feiern von nicht faßlich anerkannten Feiertagen teilnehmen sollen, sind sie spätestens am Tage vor der kirchlichen Feier durch die Erziehungsbehörden beim Klassenlehrer oder Schulleiter zu entschuldigen und haben dies, soweit über 14 Jahre alt, selbst zu tun, damit in der Schule die gebürige Ordnung in der Unterrichtserteilung gewahrt werden kann.

* Beifügung des Rückports. Beim Rat zu Dresden und dessen Geschäftsstellen geben täglich zahlreiche Anträge, Gesuche und Anträge ein, die lediglich im Interesse des Einsenders liegen, ohne daß ihnen Rückporto für die erbetene Antwort beigelegt wäre. Eine Belastung des städtischen Postamtes mit der Ausstellung solcher Bescheinigungen ist nicht anständig, anderseits aber ist es nur recht und billig, daß Postauslagen für derartige Auslässe usw. nicht der Allgemeinheit, sondern dem Geschäftsführer oder Antragenden zur Last fallen. Der Rat ersucht uns deshalb, auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß Anträge und Gesuchen an den Rat, die die Erteilung einer Auskunft oder sonstigen Antwort bezwecken, die allein im Interesse des Einsenders liegt, freimarken zu befügen sind.

Blasewitz.

* Großes Militärmotzert findet Mittwoch abend im "Dampfschiffshotel" statt. Es wird ausgeführt vom Trompetenchor des Reiterregiments Nr. 12 unter der persönlichen Leitung des Musikmeisters Gröbe. Bei schlechtem Wetter wird es im Saal stattfinden.

Röhrsdorf.

* Vom Radeburg erzte am Montag vormittag in der Nähe der Schneidemühle auf der Grundstraße ein Kaufmannslehrling. Der Verunglückte war bewußtlos und hatte anscheinend innere Verletzungen davongetragen. Er wurde nach dem Krankenhaus Johannstadt überführt.

Nadeburg.

* Landesjugendtag der deutsch-demokratischen Jugendvereine Sachsen. Seinen 1. Landesjugendtag hielt am 8. und 9. Juli der Landesverband Sachsen der deutschdemokratischen Jugendvereine hier ab. Eingeleitet wurde die Jugendtagung am 8. Juli durch einen Begrüßungsabend. Alsfeld Horbiger begrüßte die aus allen Teilen Sachsen zusammengekommenen zahlreichen Freunde, die Vertreter der Landtagsfraktion, die Ehrengäste, sowie die Pressevertreter. Er hob dabei hervor, daß alle Ziele, die sich eine politische Jugendbewegung setzt, nur erreicht werden können, wenn diese Jugend erfüllt ist von einem starken politischen Willen. Ministerialdirektor Abg. Dr. Dehne hielt sodann eine tiefempfundene Gedächtnisrede für Walter Rathenau. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag des Abg. Ritschke, Berlin, über "Die deutsche Republik, eine nationale Notwendigkeit". Mit einem begeisterten Hoch auf die deutsche Republik schloß er seine mit lebhafter Beifall aufgenommenen Worte. Künstlerische Vorträge gaben dem Abend seine ernste Weise als Jugendtagung und Trauerfeier für Rathenau. Die eigentliche Tagung nahm am 9. Juli früh ihren Anfang. Sämtliche sächsischen Gruppen waren vertreten. Ernst Lemmer-Berlin sprach über Aufgaben und Ziele der demokratischen Jugend. Immer fester schließen sich die demokratischen Jugend zu einem festen Block zusammen. Es gibt für sie nur ein einziges großes gemeinsames Ideal: Ausbau

und Förderung der demokratischen Republik, den in der Gegenwart einzige möglichen Staat. Im geschäftlichen Teil nahm man den Geschäftsbericht, Kassenbericht usw. entgegen. Das starke Anwachsen der demokratischen Jugendbewegung macht eine Dezentralisation in der Organisation nötig, es werden zwei Gauverbände gebildet. Gemeinsames Mittagessen und Führungen durch die Löhnitz beschlossen die Tagungen.

Radeberg.

* Es genommen und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt wurde der hier wohnende Glasmacher Se. wegen eines in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag nach Beendigung eines in der Hüttelmühle stattgefundenen Vergnügens begangenen Sittlichkeitsverbrechens.

* Radeburg. 53. Sängertag des Sächs. Elbgauverbandes. Am 8. und 9. Juli fand hierzulst der 53. Sängertag des Sächs. Elbgauverbandes unter sehr starker Beteiligung statt. Außer internen Bundesangelegenheiten wurde u. a. beschlossen, den Bundesbeitrag von 2 Mark auf 5 Mark zu erhöhen. Die Wahl der ausscheidenden Bundesausschlagsmitglieder ergab die einstimmige Wiederwahl. Weiter wurde bekannt gegeben, daß die bestehende Adolf-Leiberg-Jubiläums-Stiftung eine Höhe von 18 482,27 Mark erreicht hat. Auch im vergangenen Jahre erhielten wieder eine Anzahl bedürftiger Sänger aus dieser Stiftung Unterstüpfungen. Der Abschluß des Neustädter Sängertages 1921 ergibt einen Überschuss von 1326,29 Mark. Besondere Beachtung fand Punkt 8 der Tagesordnung. Beschlusssitzung über die Zeit (Jahr und Tag) des nächsten in Radeberg abzuholenden Sängertages. Das Fest soll 1923 abgehalten werden. Da Radeberg die Übernahme dieses Festes für 1923 ablehnt, wird als Ort für 1923 Großenhain gewählt. Radeberg erhält das Sängertag 1927. An die Sitzungen schlossen sich verschiedene gesellige Veranstaltungen an.

* Weithain. Unglücksfall. Erkranken in hier der neunjährige Schuhnähe Erich Herold. Er führte seinen Hund spielerisch und bat diesen wahrscheinlich in einen Teich geworfen und ist durch die Mette selbst mit ins Wasser gerissen worden.

Kirche und Schule.

Schulzwang und Versuchsschule. In einer am Mittwoch, den 21. Juni 1922 im städtischen Kaufhaus in Leipzig abgehaltenen Versammlung erklärte Herr Ministerpräsident Buch auf eine Anfrage, ob Eltern verpflichtet oder vielmehr gezwungen werden können, ihre Kinder der Versuchsschule zuzuführen: Ein gesetzlicher Zwang besteht in Sachsen nicht. In Dresden bestehen zwei Versuchsschulen, in die nur solche Kinder gehen, deren Eltern mit den Grundfächern sich einverstanden erklärt haben. Wenn sich die fraglichen Eltern beschweren, daß an das Ministerium oder zuständige Behörde wenden, werden sie mit ihrer Beschwerde ausdrücklich Erfolg haben. Eine Änderung wird eintreten. In der Elternschaft hat diese Erklärung lebhafte Befriedigung ausgelöst und beruhigend gewirkt. In Dresden ist es ja schon seitdem dem freien Ermessen der Eltern angedacht, ob sie ihre Kinder in eine Versuchsschule gehen lassen wollen oder nicht. In Leipzig dagegen hatte man unter Rücksicht auf die bestehenden Gesetzeszustände, wonach ein gesetzlicher Zwang, die Kinder in Versuchsschulen zu schicken, in Sachsen nicht besteht, auch für die Versuchsschulen den Bezugswang eingeschafft und dadurch viele Beschwerden der Elternschaft hervorgerufen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Karl Vollmöller †. Der bekannte Romantist Professor Karl Vollmöller ist im Alter von 74 Jahren in Dresden gestorben. Vollmöller war Gründer der Gesellschaft für romanische Literatur und genoss in Kreisen der Neuromanisten außerordentliches Ansehen.

Heinrich Barth, der hervorragende Berliner Musiker, vollendet am Mittwoch sein 75. Lebensjahr. Prof. Barth, der aus Villau in Ostpreußen stammt und der aus der Schule Hans von Bülow hervorgegangen ist, wirkt seit mehr als 50 Jahren als erfolgreicher Lehrer in Berlin. Als Interpret klassischer Kammermusik hat er mit dem Joachimquartett überall Erfolge gefeiert. Heinrich Barth, der Hofpianist Kaiser Friedrichs war, gehört dem Senat der Berliner Akademie der Künste als Mitglied an.

Zeitungswesen als Lehrfach an Hochschulen. Während man bei uns erst neuerdings dem Zeitungswesen auch in den Vorlesungsverzeichnissen der Hochschulen begegnet, ist in Amerika die Zeitungskunde an den Universitäten schon lange zu Hause. Bereits 1869 forderte der Präsident des Washington College derartige Einrichtungen. 1875 trat Andrew Dr. White dafür ein, 1893 wurden in Philadelphia die ersten derartigen Kurse abgehalten. Heute wird Zeitungskunde, wie der "Zeitungsvorlag" berichtet, an 28 amerikanischen Staatsuniversitäten, 17 staatlichen Colleges und Schulen und 41 Stiftungscolleges und -universitäten gelehrt. Neben der Zeitungspolitik, Zeitungswissenschaft, Rechtsfragen, Geschichte der Journalistik werden auch die Druckverfahren sehr eingehend behandelt. Eigentlich ist auch die Einrichtung der "newspaper school" (Zeitungswissenschaft) an den wesentlichen amerikanischen Universitäten. Die Zeitungsherausgeber aus dem ganzen Staate versammeln sich in der Universität zur Besprechung über verschiedene Fragen, die mit der Herausgabe und Herstellung einer Zeitung zusammenhängen.

Ein lichttechnisches Institut in Karlshorst. An der Technischen Hochschule in Karlshorst ist in diesem Sommer ein lichttechnisches Institut eröffnet worden. Seine Schöpfung ist ein Verdienst des Prof. J. Leichmüller, der in einem April 1919 dem Ministerium des Kultus und Unterrichts vorgelegten Denkschrift darstellte, daß eine sorgfältige Pflege der Lichttechnik zu den wichtigsten Aufgaben der Unterrichtsanstalten, vor allem der Hochschulen gehöre. Denn es handelt sich hier um die technische Ausbildung einer Energieform, die in so mannigfaltiger Form wie keine zweite vom Menschen unmittelbar verwendbar wird. Das dem Lehrstuhl für Lichttechnik anzugliederte Institut soll dem Studierenden ein Übungslaboratorium sein, der freien wissenschaftlichen Forschung dienen und endlich der Industrie und sonstigen Öffentlichkeit als Brücke zur Verfügung stehen. Die Gestaltung der Räume, ihre bauliche Einrichtung und Ausstattung mit Möbeln übernahm der Staat; die weitere Ausstattung des Instituts mit wissenschaftlichen Instrumenten, Maschinen und Apparaten ist aus den von der Industrie gestifteten Mitteln bezahlt worden.

Briefkasten der Schriftleitung.

E. Laubegast. Da die Witwe die Erbschaft nicht ausgeschlagen hat, so haftet sie auch persönlich für die Nachschulden. Sie kann sich aber von dieser Haftung dadurch befreien, daß sie beim Amtsgericht den Antrag auf Eröffnung des Nachschuldettes stellt. Die Bildung der Pension oder der Rödel kann nur auf Grund eines vollstreckbaren Schuldteiles erfolgen.

Hansfrau, Striesen. Eisenbleche lassen sich aus Weißzeug sehr gut entfernen, wenn man einer Binnelle in Kochsalz wasser stellt und in den Binnelle eine stärkere Lösung von Oxalsäure, Citronensäure und Kochsalz bringt und hierin die Witze eintaucht. Es muß mit Wasser gut nachgewaschen werden.

E. Blasewitz. Chile und Argentinien sind seit 1910 durch die Transandenbahn verbunden, die von Valparaíso (Santiago) nach Buenos Aires führt und dem Reisenden ermöglicht, diese

Strecke in 37 Stunden zurückzulegen. Die Bahn liegt auf 3208 Meter. Der Umbretunnel verbindet die argentinische Station Las Cuevas (3151 Meter hoch, von Buenos Aires 1220 Kilometer) mit dem chilenischen Caracoles (3188 Meter hoch); seine Länge beträgt 3165 Meter, wovon 1781 Meter auf argentinischem, 1384 auf chilenischem Gebiet liegen. Sämtliche Tunnelstrecken der Bahn sind 14 Kilometer lang.

R. Voßwitz. Gegenüber dem Steuerer bestellt für den Sohn keines geistliche Unterhaltsverpflichtung. Die Witwe kann standesgemäßen Unterhalt verlangen, doch ist der Sohn insofern von der Verpflichtung zur Unterhaltung der Witwe befreit, als er diesen nicht ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts gewähren kann. Es besteht also kein bestimmter Unterhaltsjob, vielmehr kommt es auf das Einkommen des Sohnes an und wieviel er davon zur Unterhaltung des standesmäßigen Unterhalts nötig braucht.

Sportler. Blasewitz. Vöher im Segelclub des Hafbootes steht man am besten mit Chromleim zu. Man nimmt 15 Gramm Chromleim und läßt ihn in 70 Gramm Wasser einige Stunden weichen, erwärmt dann bis zur Lösung, legt sodann 25 Gramm pulverisiertes Calciumbromat hinzug und schließlich 25 Gramm Glazierin. Mit diesem Reim werden die Vöher bestrichen. Der Reim muß vor Licht getrocknet aufbewahrt werden, da das Licht ihn im Wasser unlöslich macht.

Humoristisches.

Verrannt. Ein Bäcker schloß einmal eineflammende Rede gegen den Teufel Altholz mit den denkwürdigen Worten: Und immer, wenn ich einen Betrunkenen aus einer Kneipe herauswandle, sehe ich mir, ob mühte ich ihm zurück: „Junger Mann, kehr um, du bist auf dem falschen Wege!“

Ausweg. Mit meinem Freunde, dem Landsknecht, ging ich einen schmalen Feldweg entlang. Da kam uns ein Ochsenfuhrwerk entgegen, das natürlich die ganze Breite des Weges für sich in Anspruch nahm, so daß wir uns gewungen haben, auszuweichen. Mein Freund, ein bejahter Herr, schüttelte missbilligend den Kopf und sagte zu dem Bauer, der auf dem Fahrwagen saß: Ist es denn richtig, daß der Priester den Ochsen Platz macht? Müßten nicht die Ochsen dem Priester ausweichen? Der Bauer dachte eine Weile angestrengt nach, dann trug er sich verlegen hinterm Ohr und sagte: „Ja mir, Hochwürden, da müßt ich mir lieba nöt sei, daß mügt unterannd ausmache!“

Letzte Nachrichten.

Nach Schluß der Schriftleitung eingelaufen:

Der Gesetzentwurf über die Abänderung des Disziplinargerichtes. Berlin, 11. Juli. In dem den Reichstag zugegangenen Gesetzentwurf über die Abänderung der Disziplinargerichte erhält im wesentlichen bestimmt: § 3 des Reichsbeamten Gesetz erhält folgende Ergänzung: Jeder Reichsbeamte ist auf die Reichsversammlung und auf die gewissenhafte Erfüllung aller Dienstgegenstände des ihm übertragenen Amtes eidlich zu verpflichten. Wird die Eidseidlung verweigert, so ist der Beamte durch die vorgelegten Reichsbehörde zu entlassen. Ein neuer § 10a bestimmt, daß der Reichsbeamte verpflichtet ist, in seiner amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten. Ihm wird untersagt, bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung über die verfassungsmäßige republikanische Staatsform oder über die verfassungsmäßigen Regierungen des Reiches oder eines Landes zur Bekundung der Missachtung Äußerungen zu tun, die geeignet sind, sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. In einem § 10b heißt es: Reichsbeamte, die in leitender, berichtigender oder ausführender Stellung mit dem Schutze der Republik gegen Befreiungen zur Änderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform betraut sind, haben sich auch außerhalb ihres Amtes jederzeit an Befreiungen zur Änderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform zu enthalten. Zu widerhandlungen sind mit Dienstentlassung zu bestrafen. Die eingeführten Bestimmungen gelten sinngemäß auch für Soldaten. Jederzeit in den Ruhestand verzeugt werden können die Leiter von Reichsbehörden, die der jüdischen Bevölkerungsgruppe 13 oder einer höheren Gruppe angehören. Ministerialräte in Dienststellen oder Beamte der Bevölkerungsgruppen von 12 an aufwärts, wenn sie mit Aufgaben zum Schutze der Republik besonders betraut sind.

Reichsarbeitsminister Braun in Oberösterreich. Dresden, 11. Juli. Bei dem Freitag zur Übergabe des letzten Stükos der wieder an Deutschland fallenden oberösterreichischen Erde führte Reichsarbeitsminister Braun u. a. aus: Freiheit! Überösterreich! Überösterreich erlebt noch länger, schwerer Tribüll nunmehr wieder Freudentage. Durch feindlichen Machtkampf war Überösterreich 2½ Jahre besiegt. Am heutigen Tage begrüßen wir auch unsere Brüder jenseits dieser Grenze, die seine natürliche Grenze in. Wenn ich als Rheinländer heute die Überösterreich bekläre, so schwefeln meine Gedanken an die Ufer des Rheins. Wir denken heute an alle die Gedrückten und wünschen ihnen die gleiche Freiheit, die uns erfreuen. Einmütig erklingt es aus aller Munde als Rüttelhur: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern!

Erbängler Spion.

Budapest, 11. Juli. (Ungar. Korresp.-Bureau.) Der ehemalige ungarische Reserveleutnant Gabriel Somlai, der wichtige militärische Geheimdokumente in der Preßburger Spionagelösung verlaufen wollte, wurde auf Anzeige einer Persönlichkeit hin, die er ebenfalls zu Spionage verleitete, verhaftet. Er legte ein umfassendes Geständnis ab und wurde durch das Budapester Militärgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Gericht ist Sonnabend mittag vollzogen worden.

Wetterprognose der Sächsischen Landeswetterwarte.

Mittwoch, den 12. Juli. Bewölkung stark wechselnd, leichter Sträßregen, Temperatur normal.

Geschäftsstelle:

Dresden-Blasewitz, Volkswitzer Straße 4, am Schillerplatz. Berantwortlich für die Schriftleitung: Hauptchristliefer Otto Dr. Zimmermann, Dresden-A., Voglerstraße 27. für den Anserenten: Paul Leopold, Dresden-A., Voglerstraße 16.

Trinkt deutsche Erzeugnisse!

Dresdner
Felsenkeller=
Lagerbier

(1297)

Bermischtes.

Hitzschlag und Sonnenstich werden häufig miteinander verwechselt. So sehr aber beide in ihren Erscheinungen sich gleichen, so verschieden ist ihre Entstehungsursache. Der Hitzschlag kommt durch eine Art Wärmeanstau im Körper zustande, besonders bei angestrengter Arbeit, bei ungünstig gewählter - dunkler oder enganliegender - Kleidung, zumal wenn dem Organismus zu viel feste und zu wenig flüssige Nahrung zugesetzt wird. Wer an heißen Tagen zu viel ist, hat seinen Körper über Gebühr, und wird nicht in irgendeiner Form für die Erwärmung des Körpers gesorgt, so wird die bereits erhöhte Eigenwärme so weit gesteigert, daß es zu bedenklichen Krankheitserscheinungen kommen kann. Der Hitzschlag entsteht also durch eine Hemmung der Wärmeabgabe. Beim Sonnenstich handelt es sich um eine starke Erhöhung des Körpers durch starke Sonnenbestrahlung. Manch einer huldigt der Gewohnheit, an heißen Tagen lange mit entblößtem Kopf in der Sonne zu bleiben. Besonders wenn der Haarwuchs spärlich ist und wenn zur Mittagszeit die Sonnenstrahlen senkrecht auffallen, erfolgt eine Reizung der Hirnhäute, die bei abnormaler Steigerung der Körpertemperatur den augenblicklichen Tod zur Folge haben kann.

Haarsarbe und Geschleidungen. Welche Frauen neigen mehr zur Ehescheidung, die Brünetten oder die Blonden? Eine amerikanische Zeitung hat unlängst darüber eine Nachfrage veranstaltet: Innerhalb eines Monats mußten in Los Angeles vom Gerichtshof vierundneunzig Ehen für geschieden erklärt werden, bei neunundneunzig auf Antrag der Frau und bei dreieinhalbzig auf Antrag des Mannes. Und

von diesen neunundneunzig ehemüden Frauen waren nur fünf blond, alle hatten dunkles Haar, woraus folgt . . .

— Der gesäßliche Kopftand. In Bayreuth erlangte sich jüngst ein Fall, der die Folgen übertriebener Sportleistung illustriert. Ein 19jähriger Metallarbeiter mußte in das Spital gebracht werden, da er an immer heftiger werdenden Hinterhauptsschmerzen, Schwäche und Taumeln beim Gehen litt. Er war früher stets gesund gewesen und sehr kräftig. Nach wenigen Tagen starb er im Spital. Die Sektion ergab als Todesursache, daß in der Mitte des Kleinhirns ein etwa taubeneigroßer, zum Teil noch flüssiger Bluterguß vorhanden war. Nachforschungen nach den Ursachen dieses Befundes stellten nun folgendes fest: irgendwie starke Gewalteinwirkung, ein Schlag oder Sturz war dem Krankheitsbeginn sicher nicht vorausgegangen. Der junge Arbeiter, der wie erwähnt, ganz gesund und sehr kräftig war, war aber als Worturner in einem Turnverein tätig gewesen und hatte dort mit Vorliebe sehr oft den Kopftand geübt. Seine Kunst im Kopftand wurde sehr bekannt, und dies stachelt seinen Ergeiz nach dieser Richtung hin immer wieder an. Er verharzte oft besonders lange in der Kopftstellung, bis ihm das Blut zu Gesicht stieg und er oft ganz blauschwarz wurde. Zweifellos ist es auf diese Weise einmal zu einer Verstopfung eines kleinen Blutgefäßes im Gehirn gekommen, was schließlich seine Erkrankung und seinen Tod herbeiführte.

Warenmarkt

Produktentwertung zu Dresden, 10. Juli. Weizen 1175—1200,- fest. Roggen 890—910,- fest. Sommergerste, sächs., alte, 990—1030,- fest. Wintergerste, neue, 900—930,- fest. Hafer 1000—1010,- fest.

Raps, trocken, geschäftslos. Mais, mireb, 980—990,- fest. Weizen 1050—1100,- fest. Zupinen, blaue, 800—850,- fest. Getreide 7000—8000,- getrockt. Droschenkunst 620—650,- Suderknödel, vollwertig, 740—800,- fest. Weizen- und Roggenstroh 220—230,- fest. Dönerstroh 240—250,- fest. Weizenheu, frisch, neues, 460—500,- fest. Weizenflocke 705—730,- fest. Rogenflocke 705 bis 730,- fest. Weizenmehl 1580—1610,- fest. Roggenmehl 1150 bis 1190,- fest. — Heimte Ware über Storg. — Die Preise verlieren sich für 50 kg. Rottklee und Mehl in Mengen unter 5000 kg. ab Lager Dresden. Heu und Stroh in Ladungen von etwa 5000 kg. alles andere in Ladungen von 10000 kg. waggonfrei Dresden.

Vorzen-Berichte.

Berlin, 10. Juli 1922. (Amtlich.) Devisenturje.

	Telegraphische Auszählung auf:	Grieden	10 7	8 7.
Holland	100 Gulden	168,74	20 474,3	20 574,2
Schweiz	100 Frank	81,—	0 087,3	9912,15
Prag	100 Kronen	85,06	2,18	2,20*
Budapest	100 Kronen	85,06	39,20	40,54
Brüssel-Unterperen	100 Franc	81,—	3925,05	3925,05
Italien	100 Lire	81,—	2 27,05	2302,10
London	1 Pf. Sterl.	20,43	2347,05	2327,05
New York	1 Dollar	4,20	527,83	522,34
Paris	100 Franc	81,—	4114,85	4114,85
Politische Noten	9,-			

Meyer & Orth, Ing. vormals Meyer
Dresden-A. 21, Behrischstraße 21
Fernsprecher 31 888
Zentralheizungen
Warmwasser-Versorgungen aller
Reparaturen und Instandsetzungen
von Anlagen billigst.

**Schillergarten Blasewitz
Kino im Garten**

Bei ungünstiger Witterung im Lichtspieltheater Dienstag bis mit Donnerstag

Michael Bohnen in „Santa Maria“
Das Geheimnis einer Brigg

In 6 Akten

Dazu eine herrliche Naturaufnahme

Dampfschiff-Hotel
Fernruf 31302 Binnewitz-Dresden Fernruf 31302
— Ideal Lage an der Elbe —
Straßenbahn Linien 1, 2, 18. — Dampfer-Station.

Heute Mittwoch: **Großes**

Militär-Konzert

Trompetenorchester des Reiter-Regiments Nr. 12
Personale Leitung: Musikmeister H. GROBÉ

Anfang 8 Uhr J. Kubisch.

Bei ungünstigem Wetter findet das Konzert im Saale statt.

Loschwitzer Ratskeller
Bürgerlicher Mittagstisch
Schoppenweine / Siphonbiere / Kaffee u. Konditorei / Sep. Weinstub.
Gesellschaftssaal für alle Festlichkeiten / Schattiger Lindengarten

Jonath's Neue Welt
Dresden-Tolkewitz
Morgen Mittwoch: Feiner Damen- und Herrenball
Saal vollständig renoviert Anfang 7 Uhr Modernste Lichtanlage
Tanzbändchen

Kaffee HELD
Dresden-A., Wilsdruffer Straße 15
Ab 5 Uhr Künstler-Konzert
Tischbestellung 27806 — Eintritt frei
Sonntags Frühstückspause - Konzert

Wi-Ba. Sehenswerte Malereien
Wittelsbacher

Wein- und Bier-Stuben
Dresden, Moritzstraße 10

Inhaber Kurt Walther — Fernsprecher 18891

Reiche Auswahl an Flaschenweinen zu billigen Preisen, Schoppenweine, echte Biere, anerkannte gute Küche.

Wi-Ba. Täglich Künstlerkonzert
Wi-Ba.

Zahn-Praxis Karl Günzel, Dresden-Alstadt, Tel. 11 542
Zahnzähne, Reparaturen sofort. Zahndrähte mit und ohne Platte. Umarbeitung alter Gebisse. Billigste Preise.

Urteil: Ich ließ mir 1911 mehrere Zähne schmerzlos ziehen und verschiere hierdurch, daß ich keine Schmerzen verspürte. Gefertigtes Gebiß sitzt tadellos. Pr. Kgl. Anstaltsehrer W. in H. Meine Zähne sind tadellos in Ordnung gebracht und sehr billig. In allergrößter Zufriedenheit F. in D. (3355)



Reparaturen an Fahrrad- und Motorrädern jed. Art sowie alle Rahmenreparaturen, Dreharbeiten u. sämtl. Getriebeile halte ich stets preiswert am Lager.

W. Thomas Nahl, M. Bäumer
Fahrradhandlung und Schlosserei

Tel. 31150111. Dr. Bühlau.

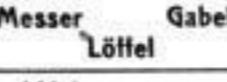


Kochgeschirr 1348

Gußemaille

Feuerfestes Tongeschirr

Porzellan und Steingut



Messer Gabeln

Löffel

Kochkisten

Spirituskocher

Plättiglocken

Hecker's Sohn

Zweiggeschäft

Striesen, Voglersstraße 51.

(Ecke Schandauer Straße)

Hauptgeschäft: Dresden-I., Kleinerthale

1348

Gebr. Eichhorn

Dresden, Trompeterstraße 17

Kinderwagen

Klappsportwagen

Promen.-Wagen

Leiterwagen

Staubwagen

Kindermöbel

Kinderbetten und Matratzen

Matten-Auswahl

Erneuerung v. Gummireifen u.

Reparaturen in la. Ausführung

Neuerste Preise! 1088

hausmädchen

Kinderlieb, in kleinen Haushalt so-

fort gefüllt, Vorst. 3. S. Bühlau,

Schönsfelder Straße 73. 1084

Koblenarbeiter

für sofort gefüllt

1348

Koks- und Kohlenkontor, G.m.b.H.

Weißig-Bühlau

Aufwartung gefüllt

täglich 1—2 Stunden, Blasewitz,

Tolkewitzer Straße 2, I. (1086*)

Wirtschaftl. 21 Jahr. Mädch., perfekt im Kochen, Servieren u.

Plätzen, sucht g. 1. 8. 22 Stellung

b. Kinderlorem Chepaar, Fabrik-

besitzer oder Arzt besorgt, in

Blasewitz oder Weißen Hirsch.

Beding: Gute Kost u. Behandlung.

Gepl. Angabe, bis 15. 7. 22.

unter „M. H.“ bei Kaufmann

Wicht. Baubegla. Hermann-

Siedel-Str. (1082*)

Junge Leute,

d. zur See fahrt. woll., erh. schrift.

Wiss. Klärung und Rat. Auskünfte

Hamburg 36. Schlf. 112. O. 90. (1417)

Zentralheizungen und Wohlfahrts-Einrichtungen

liefern billigst

(733)

Freie Schicksalsdeutung

für alle!

Nachdem ich lange Jahre als Astrolog auf Reisen war und viele tausend Personen meinen Rat einholten, habe ich mich nunmehr in Berlin niedergelassen und entschlossen, für jeden vollständig umsonst eine Probbedeutung für sein Leben auszuarbeiten.

Meine Arbeit wird Sie in Erstaunen versetzen, kommen doch täglich Anerkennungsschreiben, die dies bestätigen.

Schreiben Sie aber sofort, ich brauche Ihren vollen Namen, sowie Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt. Angabe ob Frau, Fräulein oder Herr ist erwünscht. Geld verlange ich nicht. Sie können aber, wenn Sie wollen, 3 Mark für Porto und Papier mit belegen. Nennen Sie auch diese Zeitung.

Franz Moritz, Berlin N. 54
Handelsgerichtlich eingetragene Firma. (1418)

Gold- u. Silber-

Gegenstände kaufen für eigenen Gebrauch

140

M. Reinhardt & Co., Dresden-A., Moritzstraße 17, II.

Georg Großmann Installations-Geschäft

Bühlau, Loschwitzer Straße 37

Fernsprach-Anschluß Amt Loschwitz Nr. 219

Ausführung sämtlicher elektrischer Licht-, Kraft-, Telefon- und Klingel-Anlagen — Nähmaschinen-Reparaturen

1348

Bayern lehnt das Schutzgesetz ab.

Wie vorauszusehen war, hat Bayern in der gestrigen Reichstagssitzung den Gesetzentwurf zum Schutz der Republik abgelehnt. Es blieb dem Hause nichts weiter übrig, als die Aussprache über diesen Gesetzentwurf abzubrechen. Die Aussicht auf Reichstagsauflösung ist also in greifbare Nähe gerückt, da die Rechtsparteien ebenfalls gegen den Gesetzentwurf in dieser Form stimmen werden. Wir sind der Ansicht, daß die Republik und die Verfassung auch auf andere Weise geschützt werden können. Man soll nur mit fester Hand zwischen die Mörderbanden greifen und die Mordbuben, welche gar nicht wissen, wie sie mit ihren politischen Morden das Allgemeininteresse des deutschen Volkes, insbesondere das des Bürgertums geschädigt haben, exemplarisch bestrafen. Mittel dazu hat die Regierung heute entweder weiter zu unterhalten, da doch schon in den nächsten Tagen im Reichstag darüber die Entscheidung fallen wird. Erst folgt die Reichstagsauflösung, dann gehen wir allerdings lebhaften und stürmischen Wochen und Monaten entgegen, der Kampf um die Mandate wird dieses Mal ein heftiger und leidenschaftsvoller sein, denn zwei schroff sich gegenüberstehende Weltanschauungen werden sich bekämpfen. Aber vielleicht bringt dieser Kampf eine Klarung der Verhältnisse des deutschen Volkes.

Deutscher Reichstag.

247. Sitzung vom 10. Juli 1922.

Berlin, 10. Juli. Bei Gründung der Reichstagssitzung wurde regierungseitig mitgeteilt, daß die Interpellation Dergt betreffend Auflösung rechtsgerichteter Verbände und die Interpellation Dr. Feder-Hessen (D. P.) betr. die Vorkommen in Darmstadt im üblichen Frist beantwortet werden sollen. Auf der Tagung stand zunächst ein Antrag aller Parteien zur Erhöhung der Bezüge von Sozialrentnern. Die Erhöhung erfolgt bei den Renten zu Kosten der Versicherungsträger. Den neuen Löhnen paßt der Entwurf neue Lohnklassen mit neuen Steigerungssätzen und Beiträgen an. Die Vorlage wurde in allen drei Sitzungen angenommen. — Angenommen wurde auch ein Antrag Heermann (D. P.) über die zweckmäßige Verwendung der Lehrer aus den abgetrennten Gebieten und derstellenlosen Junglehrern.

Daraus folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutz der Republik. Abg. Dr. Bell (Zent.) berichtete über die Verhandlungen des Rechtsausschusses. Der bayerische Gesandte in Berlin v. Preyer gab namens des bayerischen Innenministers folgende Erklärung ab: „Der Gesetzentwurf verfolgt den Zweck, verbrecherischen Angriffen auf die

Staatsform und ihre Träger mit den schärfsten Maßnahmen entgegenzutreten. Angesichts der feierhaften Ereignisse der letzten Zeit kommt auch die bayrische Staatsregierung dieser Absicht grundsätzlich zu. Auch sie hält eine Verschärfung der Vorschriften in dieser Richtung für angebracht. Die bayerische Regierung hält jedoch den Gesetzentwurf in dieser Form nicht für annehmbar. Das Gesetz zum Schutz der Republik greift tief in die verfassungsmäßige Zuständigkeit der Länder ein, insbesondere hinsichtlich der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes. Sie erblidt in der Ausübung des Versammlungskreises, sowie der Freiheit der Presse außerordentlich einschneidende Beschränkungen. Der Gesetzentwurf wird statt der ertheilten Verabschiedung neue Beurteilung hervorrufen. Durch den Rechtsausschuss ist zwar ein Teil dieser vom bayrischen Ministerpräsidenten hervorgehobenen Bedenken bejaht oder gemildert worden. Tatsächlich hat der Rechtsausschuss einige Bestimmungen der ursprünglichen Regierungsvorlage beibehalten oder noch erweitert, die es der bayrischen Regierung unmöglich machen, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form anzunehmen. Dies gilt namentlich von den Bestimmungen über den Staatsgerichtshof und seine Zusammensetzung. Es werden Ihnen hier eine Reihe von Anträgen vorgelegt werden, die geeignet wären, die schweren Bedenken der bayrischen Regierung auszugleichen. Ich bitte Sie in dieser ersten Stunde, diesen Anträgen zuzustimmen und das Gesetz auch der bayrischen Regierung nicht untragbar zu machen.“ Die Aussprache über das Schutzgesetz wurde darauf abgebrochen.

Gegen die sofortige Verweisung des Gesetzentwurfs über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik an den Rechtsausschuss erhob Abg. Schiele (D.-R.) Einspruch. Es fand daraufhin die erste Sitzung statt.

Abg. Deakel (D.-R.) protestierte scharf gegen diese Vorlage. Den Beamten sei das Recht zugeschlagen, ihre politische Überzeugung frei zu äußern. Jetzt wolle man sie knebeln. Der Regierung seien die größten Schwierigkeiten aus den Kreisen der Linken gemacht worden. Das vorliegende Gesetz sei nichts als ein Maulorbsgesetz für die Beamten. (Zustimmung rechts.) Die Deutschnationalen hätten nie Zweifel darüber gelassen, daß sie die Aenderung der Staatsform mit verfassungsmäßigen Mitteln erstrebten. Wenn aber Beamtenbestrebungen gegen die republikanische Verfassung verboten würden, auch wenn diese Bestrebungen sich im Rahmen der Reichsverfassung hielten, so bedeute das eine Veranerung des Verfassungsbruches im Gesetz. Es komme der Linken nicht auf den Schutz der republikanischen Staatsform, sondern um die Ausrichtung ihrer Macht an. Die Vorlage wurde darauf an den Rechtsausschuss verwiesen. — Weiterberatung Dienstag 2 Uhr.

Englands Auswanderungsproblem.

Seit Kriegsende macht sich auf den britischen Inseln in immer stärkerem Maße eine Bewegung zur Hebung der Auswanderung geltend. Wirtschaftliche und politische Gründe werden dafür ins Feld geführt. Man glaubt entdeckt zu haben, daß das englische Mutterland mehr Eher beherbergt, als es auf die Dauer ernähren kann. Die seit 1½ Jahren andauernde Wirtschaftskrise hat Millionenheere von ganz und teilweise Arbeitslosen geschaffen. Zu denen die außerordentlich hohe Zahl der unterdrückten Armen kommt. Bezuglich der Zukunft der englischen Industrie macht sich mancherorts mit unvergründbarem Schwarzeherz geltend, hor doch der Krieg dem englischen Wirtschaftsleben drei gefährliche Wettkämpfer erzogen: Vereinigte Staaten, Deutschland und Frankreich, während es vor dem Weltkrieg hauptsächlich nur mit Deutschland im Wettkampf stand. Dazu kommt die wirtschaftliche Erfahrung der Kolonien, die sich in steigendem Maße von der Industrie des Mutterlandes unabhängig zu machen bestrebt sind. Weiterhin aber spielen auch politische Erwägungen hinein. Die englische Bevölkerung der Kolonien ist nur verhältnismäßig schwach, jedenfalls bei weitem nicht zur wirtschaftlichen Erfüllung und politischen Verteidigung der betreffenden Länder ausreichend. An der Einwohnerzahl pro Quadratmeile gemessen, ergibt sich folgende Bevölkerungsdichte: England 351, Südafrika 13, Rhodesia 4, Kanada 25, Neuseeland 11,7, Neufundland 1,5, Australien 1,8. Am günstigsten steht also Neuseeland da; bei Südafrika und Rhodesia ist die starke Bevölkerung inbegriffen. Um Kanada und Australien auf den Bevölkerungs-

stand von Neuseeland zu bringen würde eine Neuansiedlung von 10 bzw. 15 Millionen Einwohnern erforderlich sein. Woher sollen die genommen werden? Soll etwa Australien dem wachsenden Volk der Japaner zufallen, sollen sich in Kanada die Amerikaner noch stärker setzen als es bereits geschieht ist? Was wird England, wenn seine Auswanderer in fremde Hand geraten? Indien ist dabei schon ganz außer Betracht zu lassen, denn das kommt für eine Auswanderung nicht in Frage. Wer man sieht, ist die Diskussion dieses Problems in England äußerst berechtigt und kein unnötiger Zeitvertreib. Die praktischen Ergebnisse der Auswanderungsbewegung sind bisher gering gewesen. Es sind selbstverständlich sowohl im Mutterland als auch in den Kolonien allerhand entsprechende Organisationen geschaffen worden, sie haben auch ein paar Tausend, namentlich emhielene Soldaten, zur Auswanderung zu bewegen vermocht, aber das sind recht winzige Tropfen auf dem reich heißen Stein! Der englische Arbeiter denkt nicht an ein Verlassen der Heimat und dann bedürfen die zu besiedelnden Länder ja auch vor allem des Bauern, und es doch noch vorwiegend Agrarländer. Auch dies Beispiel zeigt, daß das Land mit den ernstesten wirtschaftlichen und politischen Zukunftsproblemen England ist. Vielleicht gelingt es englischer Herrschaft, die sich andanhende Entwicklung zu verzögern, ihre Wirkungen zu mildern, aufzuhalten wird man sie nicht können. Die Zukunft gehört den Nationen, die das Optimum an geographischen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen erfüllen und dazu ist England nicht zu rechnen. Die Bestandteile des englischen Reiches beginnen sich voneinander loszulösen, eine selbständige Entwicklung zu nehmend.

Als sie entdeckt wurde.

Roman von Julie Jobst.

(Nachdruck verboten.)

Trostet Sie sich, Bengström, Dorette ist nicht reich genug für Sie. Bedenken Sie, wir sind unserer sieben und darunter drei Söhne! Sie müssen sich schon was anderes suchen.“

Graf Bengström hatte den Arm vertraulich in den des Freundes geschoben und sagte dann in plötzlicher Eingebung: „Wissen Sie was, Haynow, wir bringen die Sache gleich in Ordnung. Dort kommt ein freies Auto. So wie wir sind, in Tred und Spez, rüden wie dem Juden auf den Leib. Ich weiß mit diesen Halsabschneidern unzufrieden, ich habe selber Übung darin. Sie sprechen nur, wenn Sie gefragt werden.“

Auch sohn sie im Wagen, und Bengström plauderte immer darauf los. „So, Ihre Eltern sind bei Tettaus? Wird das eine Freude gewesen sein. Nun haben Sie endlich wieder einen Jungen in der Familie. Wird wohl nicht bei dem einen bleiben. Der kleine Mann hat schon in der Wiege die Anwartschaft auf sechs Söhne.“ Bengström begann, sie der Reihe nach aufzuzählen.

„Hören Sie auf, Bengström, so was soll man nicht beschreiben.“

„Wer wird so übergläubisch sein. Aber ich gäbe etwas drum, wenn ich Ihnen bönen würde. Ihr Vater ist es nicht, das steht fest. Uebrigens, ist das sicher mit Otto und Ihrer Schwester?“

Haynow lachte. „Sie selber ahnt noch nichts von Ihrem Glück, sagt mit gebrochenem Zug im herzoglichen Schloss in Patow, und Bengström verzehrte sich in Schmacht.“

„Bei Herzog Georg, dem Einsiedler, ist sie?“

„Was wissen Sie vom Herzog?“

„Das ist ein schwerkranker Mann ist. Man munkelt allerhand. Meine älteste Schwester ist doch seit vielen Jahren Hofdame der Prinzessin Hedwig. Sie ist die Vertraute der fröhlichen Braut des Herzogs. Seine Krankheit soll die Ursache gewesen sein, daß das Verlöbnis zurückging. Sie hat nicht geheiratet. Es ist ein Jammer um die schöne Frau. Sie ist eine heilige geworden, wie sich meine Schwester ausdrückte. Ich nenne es eine Herrlichkeit, daß sie mit ihrer Schönheit und ihrem vielen Weibe nicht einen Mann beglückt. Uebrigens hält sie augenblicklich wieder hier in Berlin Hof.“

„So lassen Sie doch durch Ihre Schwestern mal anfragen, ob die Prinzessin sich nicht Ihrer Röte erbarum will, wie der meinen ihr — —“

„Ihr früherer Verlobter! Hurra, nun weiß ich es. Haynow, Menschenkind, machen Sie nicht solch wütendes Gesicht. Sie haben doch nichts gefragt. Hier meine Hand, ich weiß von nichts! — — So, da wären wir! Zeigt mir in der richtigen Stimmung, Ihre Sache zu führen.“

„Aber da ist doch nichts zu führen. Hier das Geld und dort die Quittung — das ist alles.“

„Sie werden sich wundern, Sie Unschuldslamm, Sie haben es mit einem siebenmal Getrienen dieser Sorte zu tun. Sie haben doch alle Papiere bei sich?“

Es ging wie ein frischer Luftzug durch den Rüss der finsternen Wohnung, die sich Ihnen, wie widerwillig, öffnete. Staunend folgte Haynow dem Vorgehen des Freunden, der wie ein erfahrener Geschäftsmann mit dem Bucherer umsprang. Der Atem wollte ihm verfangen, als Bengström plötzlich mit geballter Faust auf die vor ihm liegenden Papiere schlug, die er sorgsam durchgelesen und einen Posten mit dem anderen verglichen hatte.

„So, und nun unser letztes Wort. Herr von Haynow zahlt Ihnen auf den Rücken des Hauses achttausend Mark — keinen Heller mehr. Ist Ihnen das nicht recht, so verlassen Sie ihn, er kann das in aller Ruhe abwarten. Kommt Ihnen aber der Vater aus dem Hals, so dürfte die Summe noch mehr zusammenschrumpfen. Wir haben doch in Preußen Gesetze, die Ihnen plötzlich höllisch unheimlich werden dürfen.“

Was das ein Name? — Haynow stand der Esel bis an den Hals — aber plötzlich lag die Quittung vor ihm, alles war in schöner Ordnung. Doch als er sich erhob, um diese Höhle so rasch wie möglich zu verlassen, mußte er es erleben, daß Bengström sofort bei dem unterwürfig dienenden Geschäftsmann einen kleinen Pump anlegte und das Geforderte schlankweg erhielt.

„Wie konnten Sie nur, Bengström,“ riefte Haynow, als sie draußen standen.

„Darauf hatte ich mich schon so gefreut. Diese fünfzehnt Mark halten mich wieder für eine ganze Zeit über Wasser. Doch nun los, Haynow, rückt nach Hans und hin zum Alten Schade, daß ich der Unterredung nicht bewohnen kann.“

„Haben Sie Dank für Ihre Hilfe, Bengström.“

„Keine Ursache, Haynow, es war mir nur um das schöne Geld lebt.“

„Das kann ich nun sofort dem gültigen Geber zurücksenden.“

„Sie werden doch nicht — — Haynow, Sie werden doch nicht solch ein Esel sein!“

Da blieben den Leichtsinigen die ehrlichen blauen Augen derer vom Stammne Haynow an, und Bengström schlug die Seiten nieder.

„Von wenigen Tagen später hielt Herzog Georg einen Brief in

Sächsische Nachrichten.

Fortsetzung aus dem Hauptblatt.

Pirna. Unter schwierigen Umständen, die für eine Renhäuser Firma seit einiger Zeit mit Blumenarbeiter beschäftigt war, unterliegt zum Schaden der Firma unseriges Material im Wert von mehreren tausend Mark. Das unterlegte Material wurde bei der Arbeiterschaft vorgefunden und der Firma wieder zugeführt. Die ungerechte Arbeiterschaft ist zur Anzeige gebracht und steht ihrer Beurteilung entgegen.

Dippoldiswalde. Nach drei Wochen gesunken. Den Feind erfuhr, wurde die Leiche des vor wenige Wochen beim Baden in der Taliperre ertrunkenen Dresdner Fleischers auf ihrer Mutter angetroffen und nach der Leichenhalle in Seifersdorf gebracht, von wo sie nach Dresden überführt werden wird.

Kamenz. Durch gütige Gage bestäubt wurden beim Schuhbau beim Aulegen eines Sennhutes zwei Arbeiter aus Bulowitz und Neuwiednitz.

Bautzen. Im Spiel schoß der blühende Schulte St. auf den ein Jahr älteren Knaben H. mit Holzpeilen; dabei traf er seinen Kameraden in ein Auge, das sofort ausfiel. Der Unfall ist durch die Nebenumstände besonders tragisch. Die Familie H. besteht aus fünf Kindern, die nun sämtlich durch Fahr läufigkeit ihrer Spielgenossen irgendwelchen dauernden Schaden erlitten haben. Der junge Sohn war der lebte, der ihnen noch geistig erhalten geblieben war.

Glauchau. Postkuriuum. Der „St. Itg.“ wird geschrieben. Seit 25 Jahren besteht nun die merkwürdige Einrichtung, daß Poste nach Dresden von Stemm bald soviel kosten als von Glauchau. Dabei müssen aber die Posten über Glauchau befördert und hier umgeladen werden. Wer also ein Paket nach Dresden zu schicken hat, macht den Spaziergang nach Stemm, er erzielt dadurch 7 Mt. Bei mehreren Paketen, die man auf einem Handwagen fährt, lohnt es noch besser.

Plauen i. B. Letzte Schilderung. Der unlangt vom Verband der Sachsen-Thüringischen Spinnereien e. V. Plauen gesuchte Beihilfe, für den 10. Juli seine sämtlichen Betriebe stillzulegen und allen Stoffern, Aufspannern und Ausbeifern zu kündigen, ist restlos durchgeführt worden. Die Mitglieder des Verbandes sind entschlossen, die einmal gelösten Beihilfen mit allen Mitteln durchzusetzen. In Frage kommen rund 4800 Maschinen, an denen schwungswise 14–15 000 Personen beschäftigt sind. Durch die Betriebsentstehung soll erreicht werden, daß die Vogtländische Fabrikanten sich gemeinschaftlich mit dem Verband der Lohnmaschinenbetreiber ein faches Beratungsverhältnis treffend festlegen der Mindestpreise eingeht, was von der Fabrikantenverbundsgemeinschaft bislang keines abgelehnt worden ist.

Plauen i. B. Durchsuchungen nach Waffen. Da den letzten beiden Tagen der vergangenen Woche fanden in unserer Stadt Durchsuchungen nach Waffen statt, und zwar in der Wohnung des der Mehrheitssozialdemokratie angehörenden Stadtrats Langenfeld und im Gewerkschaftshaus. Jemandweile Waffen sind nicht gefunden worden. Die Durchsuchungen, ausgeführt von Beamten der Dresden Kriminalpolizei unter Anordnung ihrer Kriminalbeamten, fanden auf Anordnung der Entente-Kommission statt. Räheres war bisher nicht zu erkennen.

Schönau. Städtische Unterstützung für Streikende. Im Stadtgemeinderat wurde ein Antrag auf Bewilligung eines Berechnungsgeldes bis zu 100 000 Mt. zur Beschaffung von Lebensmitteln für die nothleidenden Streikenden in der Zigarettenindustrie mit Stimmenmehrheit angenommen.

Limbach. Zu einer Messerstecherei kam es vor dem Palasttheater. Anlaß des Antrages konnte der Fleischergeselle Siegfried Hartel nicht sofort entzähnen. Er



Geld auf der Bank auf das herzogliche Guthaben einzahlen können.

„Der ehrliche Kerl!“ murmelte der Herzog und war rasch einige Worte auf das Bayler, darin zu lesen hand: „Was Sie dem Halsabschneider abgehandelt haben, ist Ihre Sache, mein lieber Haynow. Verfügen Sie darüber — —“

Nach einer Woche kam folgende Antwort, die berichtete: „Ich habe mit dem Zwetschwend einen Kameraden glücklich gemacht und hoffe, im Sinne Eurer Königlichen Hoheit gehandelt zu haben — —“

Das war ein Glückstag für Bengström gewesen, als der Freund ihm die Summe in die Hand drückte und zugleich den Borschlag machte: „Wie wäre es, Kamerad, wenn wir jetzt verheirathen würden? Ich glaube, zu zweit ist jo was leichter. Wir nehmen eine gemeinschaftliche Wohnung, passen gegenseitig aufeinander auf und bereiten uns zur Kriegsschule vor. Kleine Julale wird erhöht werden, und wir führen eine gemeinsame Kasse.“

„Hm! Das wäre ein Gedanke,“ erwiderte Bengström und verschloß in Nachdenken. „Vielleicht hat dann auch unser Erb Onkel ein Einsehen und hält mir die Wucherer vom Leib, wenn er sieht, daß ich Ernst mache.“

„Schön! Sie iba nur zu mir, ich werde ihm schon ein anderes Eich über Sie ausspielen — das heißt, wenn Sie wirklich ein anderes Leben anstreben wollen.“

„Kun hört den Philister von heute, und war gestern der leichtsinnige Schuldenmacher!“

„Es muß alles ein Ende haben, lieber Bengström.“

„Und die Vernunft einen Anfang. Wandeln wir uns also zu Vorbildern für die Kameraden. Wer lacht da?“

„Ich nicht, Bengström. Aber wie werden uns die kleinen Mädchen vermissen.“

„Und ob! Na, ein Königsgebet brauchen wir zum Glück nicht ablegen. Aber den Herzog möchte ich kennen lernen. Danfern darf ich ihm ja nicht. Dem alten Herrn aber mal die Hand drücken zu können, das wäre ein Hochgenuss. Wie alt ist er eigentlich?“

„Wollen mal im Gottha nachschlagen.“

„Fünfundvierzig! Eigentlich also ein Mann in den sogenannten besten Jahren. Und unheilbar krank, das ist ein Kreuz. Ich habe mich mal so unter der Hand erkundigt. Dieses Patow ist gleichsam eine freiwillige Klausur, die er sich auferlegt hat. Hat den schönen Palast im Tiergarten und lebt jetzt ganz in der Einsamkeit.“

„Er kam alle die Jahre nur für kurze Zeit nach Patow, dann zum vertra

geriet dabei mit einem Angehöri ten des Kinos in Streit, ein bester Verkauf hätte sein Messer zog und es diesem in die linke Brustseite stich, wo es zum Glück in einer Rippe hängen blieb, andernfalls wäre das Herz getroffen worden. Der Täter wurde polizeilich festgenommen und in das Amtsgerichtgefängnis eingeliefert.

Oberströma. Versuchtes Sittlichkeitsverbrechen. Im diesigen Gemeindewald war von einem unbekannten Verbrecher ein 7jähriges Mädchen in den Busch gelöst worden. Auf das Schreien des Kindes eilte ein Mann herbei, der noch rechtzeitig das beabsichtigte Verbrechen verhindern konnte. Der Unhold ergriff die Flucht.

Trebsen. Ertrunken. Überhalb der Schlossmühle sind zwei des Schwimmens unkundige Mädchen im Alter von 19 und 20 Jahren, die dort badeten, ertrunken. Die beiden gingen über die zum Baden freigegebene Grenze hinaus und gerieten in die Stromung. Während die eine Peitsche geborgen wurde, konnte man die andere noch nicht auffinden.

Scharfenberg. Leichenlandung. In der Nähe der Waldorfer Grenze wurde der nur mit grauer Tricotabendecke bekleidete Leichnam eines etwa 13 bis 14 Jahre alten Knaben aus der Elbe gezogen. Der Leichnam ist 1,50 Meter groß und hat dunkles Haar.

Köttwitz. Heile Folgen eines Scherzes. Der 13jährige Sohn des Arbeiters R. hier wollte dieser Tage auf der Straße zwischen Dohna und Köttwitz mit seiner Spielkameraden mittels Peitsche eine Hochzeitsschlüsse anhalten. Als der Wagen nahte, zog der Spielgefährte die Peitsche an, wodurch R. unter die Pferde geriet. Er erlitt durch Pferdeprall schwere Verletzungen am Arm und an der Schulter.

Döbeln. Straßenraub. Von einem 30jährigen Arbeiter B. wurde der Arbeiter Raumann nachts auf der Straße angefallen und seiner Tasche von 800 M. beraubt. Raumann hatte sein Geld während der Eisenbahntafahrt von Meißen nach Döbeln in seine Mütze gelegt, was von B. beobachtet worden war. In der Neuhäuser Rosswinelner Straße in B. plötzlich hinter den Bäumen vorgekommen, hat Raumann die Mütze mit dem Gelde entzissen und ist dann damit nach der Eisenbahn zu verschwunden. B. wurde von der hiesigen Polizei festgenommen und dem Amtsgericht übergeben.

Döbeln I. Sa. Der Sachsen-Schuhmacher-Handlungsvorstand, Sig. Döbeln, veranstaltet vom 20. bis 21. Juli d. J. eine Nachausstellung für das Schuhmacherhandwerk, bei welcher exzellente Schuhmacherarbeiten, jedoch auch Schuhmacherbedarfartikel, Peder, Schuhmaschinen, fertiges sattelmäßig hergestelltes Schuhwerk aller Art zur Ausstellung kommen werden. Die Stadtverordneten der Stadt Döbeln haben in ihrer letzten Sitzung ihre Mittelstandsfreundlichkeit dadurch bewiesen, daß sie beschlossen haben, für die Nachausstellung Döbeln 5000 M. für Ehrenpreise zu bewilligen. Das Interesse für den Besuch der Nachausstellung ist außerordentlich groß, es ist mit einem Besuch von vielen tausenden sächsischen, thüringischen und böhmischem Schuhmachermeistern zu rechnen.

Burzen. Die Stadtverordneten haben einen recht ereignigen Verlauf und war teilweise hochpolitisch. Gegen die Stimmen der Bürgerlichen wurde ein Antrag der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft angenommen, die Kaiser-Wilhelm-Straße in Rathenau-Straße, die Bismarckstraße in Bebelstraße und die Molkenstraße in Vieckstraße einzutauschen. Weiter wurde ein Antrag der Linken angenommen, daß Ausdrücke schwartzweiserer Fähnen durch Ortsangehörige zu verbieten. Ein von der Linken mehrheitlich angenommener Antrag forderte den Rücktritt des ersten besoldeten Stadtrats Dr. Troth, da dieser wegen seiner deutsch-nationalen Gesinnung nicht mehr das Vertrauen der Arbeiterschaft bei der Leitung des Polizeiwesens habe.

Leipzig. „Schreckliche Bassensunde!“ Wenn die Zeiten nicht so bitter ernst wären, müßte man über die Freude lachen, die jetzt infolge der agitatorischen Ausschaltung der politischen Lage durch die linksradikale Presse überall Verständnis wittern und die Polizei auf „heimliche Bassenslager“ und ähnliche Thäte hinweisen. Welche Blüten diese unzähligen Bassengesangszonen hervorbringen! Und das damit verbundene „Anzetteliebe“ treibt davon ab, der Leipziger Polizeibericht einige schreckliche Proben: In den letzten Tagen sind wiederholt Anzeigen über angeblich in Leipzig vorgefundene oder versteckte Bassen beim Volksgemüth eingegangen. Die sofort angestellten Nachforschungen haben von einem Falle abgesehen, in dem zwei Karabiner vorgefunden worden sind, in allen Fällen zu der Feststellung geführt, daß die Anzeigen auf Irrtum beruhen. In einem Falle hat der Betriebsrat eines Postamtes die Bestellung eines Pafetes abgelehnt, weil Munition darin sei, in Wirklichkeit handelt es sich um ein an einen Studenten der Medizin gerichtetes Paket mit medizinischen Instrumenten. In einem anderen Falle sollten nachts Gewehre in die Räumlichkeiten einer studentischen Verbindung gebracht worden sein, in Wahrheit handelte es sich — um verhüllte Schläger, die bei

einer Stiftungsfeierlichkeit in einer kleinen Thankwirtschaft verwandt worden waren und dann nach den Nämlichkeiten der Verbindung zurückgebracht worden waren. — Am 7. Juli wurde Anzeige erhoben, daß ein Postkraftswagen in schnellstem Tempo mit verschiedenen Personen befahrt, durch die Stadt gefahren sei, auf dem sich unter einer Plane verdeckt Stellbandgranaten befinden hätten. Es waren aber — Goisenlaichen, wie einwandfrei festgestellt worden ist. Es zeigt sich hieraus erneut, daß den in erregten Zeiten immer umlaufenden Gerüchten nicht gleich Glauben zu schenken ist, da sich die meisten dieser Angaben später als hältlos erweisen.

Kleine Chronik.

Aus dem Reiche.

Halle. Vater und Tochter an Gasvergiftung gestorben. In der Oelendorfstraße wurden ein Schlosser und sein neunjähriges Töchterchen heute früh tot in ihren Betten aufgefunden. Es ergab sich, daß Gasvergiftung vorliegt. Der Vater hatte aus Verschluß den Gasbahn am Gasloch offen gelassen.

Calbe (Saale). Bohrungen auf Braunkohlen. Der Kreistag von Calbe beschloß, mit einem Aufwande von einer Million Mark im Kreise Bohrungen auf Braunkohlen vornehmen zu lassen, um ein Kreisbraunkohlenwerk anzulegen.

Halberstadt. Von einem Güterzug ist gefahren. Beim Durchfahren einer für den Personendurchgang nur halbgeschlossenen Schranke des Anschlußgleises einer Wurstfabrik wurde der Geschäftsführer Borowski vom Gut Siechenhof von einer Lokomotive erfaßt. Er geriet unter den Güterzug und wurde dabei getötet. Der Wagen ist völlig zertrümmert. Nur zwei Maultiere sind unverletzt geblieben. Wen die Schuld trifft, muß die Untersuchung ergeben.

Jena. Eingemeindungsfragen. Hier wird zur Zeit von neuen Eingemeindungen gesprochen. Es handelt sich um die um Jena liegenden Ortschaften Ammerbach, Winzerla, Göschwitz, Burgau, Löbda, Wöllnig, Jüdau und Kunz. Gemeindevorstand und Ministerium sollen sich bereits damit beschäftigt haben. Man erwartet, daß auch der Gemeinderat baldigst dazu Stellung nimmt.

Eisfeld. Großfeuer. In Eisfeld brannte am Wohnhaus des Fleischschniders Friedrich Luther bis auf die Grundmauern nieder. Nur mit Mühe konnten das Blech und einige wenige Möbelstücke gerettet werden.

Erfurt. Begnadigungen. Die preußische Regierung hat jetzt die wegen Mordes an dem Handelsmann Koch aus Bindersleben im Oktober 1921 vom Erfurter Gericht zum Tode verurteilten Humann Junge aus Bindersleben, Handelsmann Peyer aus Kleinwilsdorf und Arbeiter Stange aus Erfurt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Quedlinburg. Konflikt in der Stadtverordnetenversammlung. — Beendet der Streit. Die Stadtverordneten wandten sich in außerordentlich harter Weise gegen den Stadtältesten, Garbenfabrikant Brauns, weil er schuld daran sein sollte, daß bei der Trauertumgebung für Rathenau auf den städtischen Gebäuden die Fahnen nicht rechtzeitig gehisst waren. Obwohl er nachwies, daß nicht er, sondern ein Juval die Schuld trug, beschloß man für ihn einen anderen Stadtältesten zu bestellen. Der Stadtälteste, der schon 30 Jahre lang ehrenamtlich für die Stadt tätig ist und sich in der Sozialfürsorge ganz besonders hervorgetan hat, verließ nach diesem Zwischenfall den Saal. — Der Streit der Gärtner und Landarbeiter im Kreis Quedlinburg, an dem 3000 Arbeiter beteiligt waren, ist durch ein vorläufiges Lohnabkommen beigelegt worden, ehe die gefährdeten umfangreichen Samenkulturen, die größten in Deutschland, ernsten Schaden erlitten haben. Die Verhandlungen über einen neuen Lohntarif sind im Gange.

Dortmund. Bei einer Streitigkeit mit Spänen seuerter der 50jährige Müller Hubert seitigen einen Revolverabzug ab. Er verletzte einen Gast ungeschickt, war aber in dem Glashaus, einen Menschen getötet zu haben und töte sich nun durch einen Kopfschuss selbst.

Biebrich. Den Bruder erschossen. Im Verlauf einer Hausauseinandersetzung wurde der Küfer Heinrich Kohl hier selbst von seinem Bruder, einem minderwertigen, übelbeleibten Menschen, mit einem Schlägermeißel erschossen. Der Mörder, der sich nach der Tat mit zynischer Höchstheit benahm, wäre von der erregten Menge gefangen worden, wenn er nicht von der Polizei geschüttet worden wäre.

Minden. Zwangsrevisionierung eines Oberbürgermeisters. In der Stadtverordnetenversammlung hierfür wählten die Stadtverordneten sozialdemokratische und demokratische Richtung unter Verzerrung auf die katastrophale Finanzlage der Stadt, die einen Steuernabbau notwendig mache, den Oberbürgermeister Dr. Peder nicht wieder; als alleiniger Bürgermeister wurde gegen die Stimmen der Rechten Wider-

germeister Dr. Dieckmann gewählt. Hieraus verliehen die Stadtverordneten der Rechten geschlossen den Sitzungssaal.

Aus dem Gerichtsaal.

Landgericht. Gemeindeschulthei Dietrichsbiel betraf den Gegenstand einer vielfältigen Verhandlung vor dem 5. Strafkammer unter dem Vorst des Landgerichtsrates Dr. Genge, in der sich folgende Personen zu verantworten hatten:

Arbeiter Paul Emil Hommel, geboren 1899 zu Großenhain; Arbeiter Ernst Hans Kirsten, geboren 1900 zu Dresden, Arbeiter Paul Oskar Bretschneider, geboren 1902 zu Rosslau; Bäcker, jetzt Gelegenheitsarbeiter Max Paul Ernst Jähnert, geboren 1902 zu Dresden, und dessen Bruder, der Schlosser Georg Heinrich Paul Jähnert, geboren 1899 zu Freital-Borsigappel; Bäcker bezw. Bauarbeiter Kurt Gustav Walter Helm, geboren 1904 zu Dresden, sowie die Rohproduktenhändlerin Minna Meta Schubert geborene Drehler, lebte stand wegen Heilelei vor Gericht. Die erklarten sich, daß sie verdeckt vorbestraft, darunter die Gebrüder Jähnert bereits sehr schwer. So wurde Max Jähnert erst im letzten Frühjahr zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und Georg Jähnert zu zwei Jahren Justizhaus verurteilt. Die Anklage, vertreten durch Staatsanwalt Pfützner, legte zunächst Hommel, Kirsten, Bretschneider und Max Jähnert eine große Zahl, zum Teil gemeinschaftlich begangener Diebstähle von Täschern, Kleidern und Wasserleitungshänen zur Last. So wurden zum Beispiel Täschern im Tampischenstaurant Wachwitz, an der dortigen Tampischenstaurant Wachwitz, vom Grundstück des Dresden Centralarbeitsnachweises, von der Friedhofsallee in Bittersee, aus einer Siegel in Altmühl, von Grundstücken in Dresden und Borsigau, dem Plauenischen Grund und Altmühlbroda gestohlen. Besonders das Viertel am Hauptbahnhof, das Schweizerviertel, die Vorstädte Plauen, Löbau, Cotta und Leipnitz wurden von den Spieldamen heimgesucht. Mehrfach wurde die oft umständliche Diebesbeute versteckt, und als selbige dann weggeholt werden sollte, waren die Sachen verschwunden, so daß sich die Diebe vermutlich dann noch gegenstellt um die Früchte ihrer oft lebensgefährlichen nächtlichen Arbeit gebracht haben. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme wurden Hommel zu zwei Jahren, Kirsten zu einem Jahr, Bretschneider zu 18 Monaten, Max Jähnert anderthalb zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis und je drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Welch Sam mit sechs Wochen Gefängnis davon, Georg Jähnert und Frau Schubert wurden insoweit freigesprochen.

Stöffengericht. Der bereits sehr erheblich vorbestrafte, 1896 zu Reichenbach geborene Fabrikarbeiter Friedrich Ernst Pöschel mußte sich wegen Diebstahls im Rückhalt vor dem Dresden Stöffengericht verantworten. Der Angeklagte stahl einem Schlafkollegen dessen Bettlaken, und ferner in der Nacht zum 10. Juni in der Reichenbacher Mühle einen großen Posten Tischdecken und andere Sachen von hohem Wert. Als Pöschel mit seiner umfangreichen Beute nach der Stadt wanderte, wurde er in der Nähe vom Waldbischlößchen angehalten, und festgenommen.

Das Urteil lautete bei den schweren Vorstrafen auf ein Jahr zwei Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrenrechtsverlust. — **Ein schlechtes Geschäft** machte der 1864 zu Dresden geborene Kaufmann Alexander Michael Winkelmann mit seinem Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen einen richterlichen Strafbefehl in Höhe von 500 M. vor dem Dresden Stöffengericht. Winkelmann ist seit etwa zwei Jahren Inhaber der „Altonaer Fischhalle“ in der Webergasse, er war von einem früheren Sohnes Schulz zur Anzeige gebracht worden, daß er die Hälfte seiner Woge mit kleinen Gewichten beschwere, so daß die Käufer auch beim Bezug kleiner Posten Waren ständig um 10 bis 15 Gramm betrogen würden. Dieserhalb war der Strafbefehl erlassen worden. An der Verhandlung vor dem Dresden Stöffengericht führte Winkelmann aus, die ganze Anzeige sei aus Rache erfolgt, es habe ihm jede Absicht eines Betruges ferngelegen. Unter anderen gab Angestellter zu seiner Rechtfertigung an, er hätte damit den Anhänger erwidern wollen, daß er reichliches Gewicht in seinem Geschäft gebe, denn er habe im Gegensatz zu anderen Verkaufsläden die Woge immer reichlich heruntergezogen, während sie sonst nur zu spielen brauche, es sei demnach tatsächlich niemand betrogen worden. Um den Sachverhalt zu klären, machte sich eine längere Beweisaufnahme erforderlich, nach deren Ergebnis kam aber das Gericht zu einer wesentlich ungünstigeren Auffassung, als im Strafbefehl angenommen worden war. Winkelmann wurde nunmehr zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Amtsgerichtsrat Dr. Wohlhab führte in Begründung des Urteils aus, eine Geldstrafe könne nicht in Frage kommen, der Angeklagte habe aus sommigen Eigentümern gehandelt, die Käufer seien in ganz raffinierter Weise betrogen worden. Gerade in jüngerer Zeit, wo Wachs und der gleichen Dinge oft in den kleinen Posten verkaufen würden, seien derartige Beträgerien doppelt verwerthlich.

All sie entdeckt wurde.

Roman von Julie Jobst.

(Nachdruck verboten.)

26

„Sagen Sie mal, Hannover, Herzog Georg ist jetzt fünfundvierzig Jahre alt, und Ihre Schwester — ich sah doch ihr letztes Bild — ist eine kleine Schönheit. Es ist ein gefährliches Spiel, den Vater oder Onkel zu spielen — auch für einen Herzog. Er war früher berühmt wegen seines Glücks bei den Frauen.“

„Er ist ein kranker Mann, Bengtrom, vergessen Sie das nicht.“

„Daraus weiß ich, Hannover. Im Grunde weiß keiner etwas Wissens über diese seine Krankheit. Und hohe Herren sind verübt, sie kennen es nicht anders, als daß sie test nach allem greifen, was ihnen begehrteswert erscheint. So eine süße, reine Madchenkopf besitzt großen Reiz, und —“

„Ach, es ist aber gestug, Bengtrom. Der Herzog könnte Torettes Vater sein, und Sie haben nicht an die Herzogin-Mutter gedacht. Und dann — meine Schwester ist eine Hannover, vergessen Sie das nicht.“

Nariss Augen blitzen, nie hatte er hochmüthiger ausgeschaut und doch — die Wahrheit des Freundes war schließlich nur die Wiederholung dessen, was er heimlich befürchtete und doch vor sich zu verborgen suchte.

Ach was, bald waren die Eltern wieder daheim und würden ihr Kind zu sich holen.

In Parow gingen Torette derweil die Tage wie in einem Raum hin. Musikstunden wechselten mit denen in Kunstgeschichte und Literatur. Der Herzog hatte viele Werke aus Berlin herbeischaffen lassen, wo er eine große Bücherei besaß. Doctor Thomas war vor ihm damit beauftragt und noch dort verblieben. Herzog Georg scheute die scharten Augen seines ärztlichen Beraters. „Dem kleinen Fräulein kann nichts geschehen, und zur Abnahme des Hippoverbandes sind Sie dann wieder hier.“ Lassen Sie sich ruhig Zeit, lieber Doctor, Sie wollten ja schon längst Ihre Kenntnisse aussuchen.“

Seiner Mutter und der Begell war der Herzog sicher, die würden ihm bei dem Verleih mit dem gelehrten Madchen sein Hindernis in den Weg legen. So vertieften sich die beiden in das Studium der großen Gelehrten aller Zeiten. Herzog Georg war ein guter Lehrer, und Torette eine gelehrte, begleitete Schülerin. Er war oft überzeugt über die rasche Aufstellungsgabe und das hingebende Verständnis des jungen Kindes. Der Unterricht stand in dem Zimmer des Herzogs statt, denselben, in dem sie damals in der schweren Stunde Einlaß forderte und er-

hielt. Dann und wann erschien die Herzogin an der Tür der kleinen Bücherei, setzte sich wohl auch ein Büchlein hinzunehmen in einen der Sessel. Aber selten trat eine solche Störung ein, zuweilen blieben die beiden allein.

Der Abend dagegen gehörte der Allgemeinheit. Sie fanden sich nach der Abendtafel entweder in dem Zimmer der Herzogin zusammen oder im Musiksaal, dem größten Raum auf Parow. Der Herzog las vor, man plauderte oder machte Musik. Und dann kam wirklich die Stunde, die sich Torette so heiß ersehnte, ihr Freund und Begell sang ein Lied. Sie waren noch allein, die Mutter wurde vom Kommen zurückgehalten, und die Begell pflegte sie erst in deren Begleitung zu erscheinen.

Torette lag auf dem Kübelbett, der Herzog saß neben ihr und blickte sie zärtlich an. Da stand sie den Mut zu ihrer Bitte:

„Zingen Sie mir ein Lied, Herzog Georg. Ein einfaches Lied.“

Ungekümmert preßte er die weiße weibliche Händchenhand — wie die dünnen Augen zu bitten verstanden. Dann strich er ihr zärtlich über die Haare und sprang auf. Alle Lichter löschte er aus auf seinem Weg zum Flügel, nur das eine, das die Geliebte in rosiges Licht hüllte, ließ er brennen. Dann erklang die schöne, weiße Stimme eines wohlgeliebten Baritons durch den Raum.

Die Herzogin war im Begriff gewesen, in Begleitung der Begell einzutreten. Sie preßte deren Arm und zog sie mit sich in den Schatten der Bücherei zurück, wo sie ungehört lauschen konnten. Und während den Augen der erschütterten Mutter heiße Freudentränen entfielen, sang der Mann all sein Leid und seine Liebe seinem kleinen Fräulein ins Herz. — Niemand hörte den lautlos vorfahrenden Kraftwagen, dem zwei Herren entstiegen. Sie griffen nach ihren Handgriffen, lobten den Wagenführer ab, der eilends wieder davonfuhr, und schlugen den Weg nach der Nebentreppen ein. Hell tönte der Klange der Männerstimme zu ihnen hinab.

„Im Musikzimmer ist Licht. Wer singt denn da?“

Doctor Thomas horchtes angestrengt, seinen Schritt verhaltend. „Sollte das etwa der Herzog sein?“ stieß er hervor. Seine Aufregung wuchs, als er mit seinem Begleiter die Treppe emporstieg.

„Zingen Sie den Rossen hin, Salzer, und dann bischen wir uns heimlich heran. Ich muß wissen, ob es der Herzog ist.“

„Warum singt Sie denn da aufgeregt, Doctor?“

„Das hat seine Gründe, Salzer. Ach, das Zimmer ist leer.“

Wie die Herzogin mit der Begell in der Bücherei so lauschten die beiden ihrerseits aus ihrem Versteck dem Gesang des Herzogs. Er hatte seine Stimme in der Erregung des Augenblicks wieder so in der Gewalt, wie in seinen besten Tagen. Er schüttelte brachte er den Schmerz des Entzündenden — des Einsamen zum Gehör dieses jungen Kindes.

„Was soll Torette sich dabei denken, Doctor? — Das ist ja

ungekund. Zehn Sie doch, wie unser kleines Fräulein dalliert. Eine völlig Fremde. Ist das mein frisches Törl?“

„Sie tun ja gerade, als wäre sie die Ihrige. Sind Sie verlobt?“

Salzer fuhr herum. „Nein — aber das ist ja völlig gleichgültig. Torette weiß, daß ich sie seinem anderen Manne lasse. Das genügt vorläufig.“